

Wirtschaft & Umwelt

Zeitschrift für
Umweltpolitik und
Nachhaltigkeit

www.ak-umwelt.at

Euro 1,80

Demokratie

Im Jahr 2024 finden zahlreiche Wahlen statt, von der AK-Wahl über die Europawahl bis hin zur Nationalratswahl. Dabei wird auch über den Umbau hin zu einer sozialeren und ökologischeren Gesellschaft entschieden. Diese kann nur durch die Beteiligung möglichst vieler Menschen erreicht werden.

© Leio McLaren / Amanda Morci | Unsplash (Collage Frank Jödicke)

Menschen und Klima schützen statt Profite **SEITE 22**

Shrinkflation – Der Verpackungsgrößen-Schmäh **SEITE 24**

Ein Europäischer Blue Deal zum Schutz der Gewässer **SEITE 26**

Was erwarten Beschäftigte vom sozialen und ökologischen Umbau? **SEITE 30**



www.arbeiterkammer.at

WUM-o-meter

Die WUM-Redaktion misst bei aktuellen Entwicklungen aus Wirtschaft und Umwelt nach.

EISKALT Träumen Tiere?



Von Sommerwiesen und weichem Stroh? Vielleicht. Laut Umfrage finden 92 Prozent der Menschen in Österreich, dass Nutztiere Stroh erhalten sollten. Eine Verordnung aus dem Jahr

2022 gibt Schweinen das Recht auf angenehmes Liegen. ÖVP-Landwirtschaftsminister Totschnig ist für die Durchsetzung nicht zu haben. Stroh verteure das Kilo Schnitzelfleisch um

35 Cent. Zu viel, um geltendes Recht durchzusetzen und schmerzempfindende Wesen nicht auf harten Vollspaltenböden leiden zu lassen. **FJ**

BREMSWOLKE Tesla erfolgreich bestreikt



Elon Musk mag mit Raketen zum Mars fliegen, in Skandinavien hat den bekennenden Gewerkschaftsfeind die Schwerkraft eingeholt. Weil Musk auch in Schweden einen Tarifvertrag für die

Tesla-Beschäftigten ablehnt, kam es zu pfliffigen Streiks. So haben beispielsweise Poster:innen die Auslieferung von Tesla-Modellen verhindert, indem sie keine Nummernschilder lieferten.

Schön, dass eine Berufsgruppen überschreitende Solidarität auch einen Übermenschen (noch) unter Strom setzen kann. **FG**

HOCHNEBEL Pestizide in den Alpengipfeln



Das EU-Parlament hat einen Gesetzesvorschlag zur Pestizidreduktion in der Landwirtschaft abgelehnt. Nachweislich eine Entscheidung gegen die Umwelt. Ein Forschungsteam konnte im

Südtiroler Vinschgau, einem der größten Apfelanbaugebiete Europas, selbst auf 2.300 Meter Seehöhe Pestizide nachweisen. Dort sind die Ökosysteme besonders empfindlich. Es wird Zeit,

dass die europäische Umweltpolitik diesem giftigen Sprühnebel ein Ende setzt. **SI**

BODENNEBEL Autohandel moralbefreit



Jahrzehntelang hat Österreich seine Polizeiautos vom Volkswagenkonzern bezogen, obwohl dieser mit Werksschließungen und ausbleibenden Entschädigungen für Besitzer:innen

von abgasmanipulierten Pkws rücksichtslos agiert. Jetzt gibt es Rahmenvereinbarungen mit chinesischen Hersteller:innen, die nicht gerade mit tollen Umwelt- und Sozialstandards punk-

ten. Es ist traurig, dass die öffentliche Hand mit so viel Geld so wenig Gutes für die Allgemeinheit erreicht. **FG**

HITZEWELLE Mediokre Wettkämpfe



Die Olympischen Spiele drohen durchschnittlich zu werden. Sechs Meter Hochsprung? Fein, aber warum nicht zwölf? Meint zumindest Peter Thiel, Milliardär, Mitbegründer von PayPal

und Arbeitgeber von Sebastian Kurz. Thiel will jetzt die „Enhanced Games“ ausrufen, bei denen die Athlet:innen alle Zusatzstoffe schlucken dürfen, die sie in ihre zitternden Steroid-Finger

bekommen. Die Weltsicht der Superreichen zeigt sich: Gesundheit und menschliches Maß sind nur was für Zweitplatzierte. **FJ**

Inhalt

Der Umbau braucht Demokratie

Superwahljahr 2024: Hart erkämpfte Rechte auf Mitbestimmung müssen geschützt und ausgeweitet werden. Seite 10

Zugang zum Wahlrecht – Ein gesellschaftlicher Kipppunkt

Eine ernsthafte Debatte über den Zugang zum Wahlrecht ist notwendig, damit der grüne Umbau gelingen kann. Seite 14

Interview mit Florian Wenninger

Seite 17

Das neoliberale Korsett der europäischen Klimapolitik

Der Grüne Deal ist mit der aktuellen EU-Wirtschaftspolitik nicht umsetzbar. Seite 18

Bündnis „Menschen und Klima schützen statt Profite“

Das Arbeitsrecht muss an die Folgen der Klimakrise angepasst werden. Seite 22

Mogelpackung durch Shrinkflation

Immer mehr Konsument:innen fällt auf, dass die Packungsgrößen schrumpfen, der Preis aber gleich bleibt. Seite 24

Wasserversorgung in Zeiten der Klimakrise

Europa braucht einen Blue Deal zum Gewässerschutz, weil die lebensnotwendige Ressource Wasser knapper wird. Seite 26

Wie sehen Beschäftigte den Umbau?

Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung gibt wichtige Einblicke. Seite 30

Rubriken

Nachrichten	04
Kommentar	07
Aktuelles Interview	09
Kommunikation	32
Kontroverse	34

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber

Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Str. 20-22, 1040 Wien

E-Mail wirtschaft.umwelt@akwien.at Telefon 01/501 65-12404

Redaktion Lukas Oberndorfer (Chefredakteur), Frank Jödicke (Koordinierender Redakteur, Chef vom Dienst), Doris Artner-Severin, Judith Fitz, Franz Greil, Thomas Hader, Werner Hochreiter, Heinz Högelsberger, Stefanie Pressinger, Astrid Schögl, Christoph Streissler, Iris Strutzmann

Sekretariat Sabrina Pochop, Lilly Kolb **Konzeption** Jakob Fielhauer, fielhauer.at

Layout & Infografik Julia Stern, design@schereesternpapier.at

Druck gugler GmbH, Auf der Schön 2, 3390 Melk/Donau

ISSN 1028-4664

Die in Wirtschaft & Umwelt veröffentlichten Artikel geben

nicht notwendigerweise die Meinung der Bundesarbeitskammer wieder.

Offenlegung gemäß Mediengesetz §25: siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum



produziert nach den
Richtlinien des Österreichischen
Umweltzeichens, Gugler GmbH,
UW-Nr. 609, www.gugler.at



Sicher, Kreislauffähig,
Klimafreundlich.
C2C Certified SILBER by gugler*
drucksim.at



klimafreundlich gedruckt

Demokratie

Demokratie ist der unabschließbare Prozess der Demokratisierung. Die Ausweitung demokratischer Mitbestimmung ist heute wichtiger denn je, weil der anstehende Umbau zu einer sozialeren und ökologischeren Welt nur gemeinsam gelingen kann.



Von Lukas Oberndorfer

Im Jahr 2024 steht eine Reihe wichtiger Wahlen an. Deshalb widmen wir den Schwerpunkt dieser Ausgabe der Demokratie. Politik sollte immer ein Spiegel der Realität sein. Und zwar in einem zweifachen Sinn: Politik sollte die Lebenswirklichkeit aller Menschen in einem Land spiegeln und das kann nur gelingen, wenn nicht große Teile der Wohnbevölkerung vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Doch dies ist in Österreich zunehmend der Fall. Bereits ein Fünftel der Menschen, die in diesem Land leben, sind nicht wahlberechtigt.

Zweitens sollte Politik jene Themen behandeln, die die Menschen tatsächlich betreffen. Der Klimawandel ist eine Realität. Er bleibt eine Realität, auch wenn er von politischen Akteur:innen geleugnet wird. Dadurch wird der Kampf gegen seine Folgen allerdings umso schwerer. Es ist daher höchste Zeit, sich jetzt für einen sozialen und ökologischen Umbau unserer Gesellschaft einzusetzen und gemeinsam darüber zu entscheiden, wie dieser aussehen soll.

Deshalb ein einfacher, aber wichtiger Aufruf: Gehen Sie wählen! Bei der AK-Wahl, bei der EU-Wahl, bei den zahlreichen Landtagswahlen und bei der Nationalratswahl im Herbst. Nutzen Sie Ihre Mitbestimmungsrechte (bei der AK-Wahl sind Sie unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft wahlberechtigt, sofern Sie unselbständig beschäftigt sind) und setzen Sie sich dafür ein, dass alle Menschen die gleichen demokratischen Rechte erhalten. Nur so kann Demokratie überzeugen: Wenn alle betroffen sind, sollen auch alle mitbestimmen können.

Lukas Oberndorfer

Chefredakteur der „Wirtschaft und Umwelt“ und Leiter der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr in der AK Wien



© Thomas Metzner

Linie 12

Proteste In Wien wird eine neue Straßenbahnlinie gebaut. Sie soll die Neubaugebiete der ehemaligen Nordbahnhof- und Nordwestbahn-Gelände besser anbinden. Dagegen hat die Bürger:inneninitiative „Nicht um jeden Preis“ über 2.200 Stimmen per Online-Petition eingesammelt, weil sie Geldverschwendung, den Verlust an Grünflächen und Parkplätzen sowie vermehrte Menschenansammlungen befürchtet. Milliarden Euro für den U-Bahnbau scheinen mehr Akzeptanz zu finden als 40 Millionen für eine Streckenerweiterung der Straßenbahn. Tatsächlich verschwindet die U-Bahn unter der Erde und gibt Verkehrsfläche frei. Im zweiten Bezirk, durch den die 12er Linie führen soll, können die Auswirkungen besichtigt werden. Nach der Verlängerung der U-Bahnlinie 2 wurde die Straßenbahn 21 eingestellt. An der Oberfläche dominieren heute Parkplätze und eine gewisse Ödnis. Geschäfte und Lokale haben die vorbeituckende Straßenbahn für Kund:innenverkehr gebraucht. Die Linie 12 wird eine Radialstrecke, die Außenbezirke mit insgesamt 250.000 Menschen verbindet. Erfolgreiche ÖPNV-Ausbauprojekte wie etwa in Paris zeigen, wie wichtig Strecken sind, die nicht nur Zentrum und Peripherie verbinden. **FJ**

Lockere Regeln

Neue Gentechnik Seit Monaten fordern Befürworter:innen der neuen Gentechnik einen Blankoscheck, um diese neuen Pflanzen und daraus hergestellte Produkte unreguliert auf den europäischen Markt bringen zu können. Mit Erfolg. Das Europäische Parlament (EP) hat Anfang Februar dieses Jahres mehrheitlich für eine Lockerung der bisher strengen Regeln für die neue Gentechnik gestimmt. Eine verpflichtende Risikoprüfung, effektive Kontaminationsrisiken in der gentechnikfreien Produktion und die Möglichkeit für Mitgliedsstaaten, den Anbau von NGTs zu verbieten, soll es künftig nicht mehr geben.

Zumindest ein Teilerfolg konnte erzielt werden. Lebensmittel erhalten eine Kennzeichnung light und eine dokumentenbasierte Rückverfolg-

barkeit. Damit ist ein Mindestmaß an Transparenz möglich. Konsument:innen wollen gentechnikfreie Lebensmittel einkaufen, wie AK-Umfragen belegen. Das EP hat auch ein Verbot der Patentierbarkeit der neuen Gentechnik und ein Verbot der neuen Gentechnik in Bioprodukten beschlossen. Mit dieser Abstimmung sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Der Europäische Rat ist nun gefordert, sich für mehr Transparenz, eine verpflichtende Risikobewertung und ein effektives Nebeneinander von gentechnisch veränderter und gentechnikfreier Lebensmittelproduktion einzusetzen. **SI**



© Sebastian Philipp | BAK

„Es geht um die Stärkung der Demokratie, nicht nur bei den AK Wahlen, auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament oder den Nationalratswahlen in Österreich. Unsere Aufgabe ist es, den Menschen auf allen Ebenen zu sagen, dass sie mitbestimmen können.“

**AK Präsidentin
Renate Anderl**

Steuern à la française

Kfz-Zulassung Je schwerer ein Auto und je größer sein CO₂-Fußabdruck, desto höher die Zulassungssteuer. So ökologisiert Frankreich seit Jahresbeginn seinen Fuhrpark und positioniert die heimischen Hersteller besser gegen die Konkurrenz aus Europa und Übersee.

Der Umweltmalus beginnt bei Verbrennern mit mehr als 118 Gramm CO₂ sanft bei 50 Euro und endet drakonisch bei 60.000 Euro, wenn 194 Gramm CO₂ oder ein Normverbrauch von mehr als 8,2 Liter Benzin oder 7,3 Liter Diesel in den Papieren stehen. Ab einem Fahrzeuggewicht von 1.600 Kilogramm wird jedes Kilo mehr progressiv höher besteuert.

E-Autos werden – gestaffelt nach dem persönlichen Einkommen – nur dann mit bis zu 7.000 Euro gefördert, wenn sie weniger als 47.000 Euro kosten und weniger als 2.200 Kilogramm wiegen. Außerdem müssen ökologische Mindestkriterien für die Batterie und die Metalle im Auto eingehalten werden. Der Montageort muss in einem Land der Europäischen Union liegen, in dem bei der Erzeugung von 1 kWh Strom weniger als 110 g CO₂ freigesetzt werden. **FG**



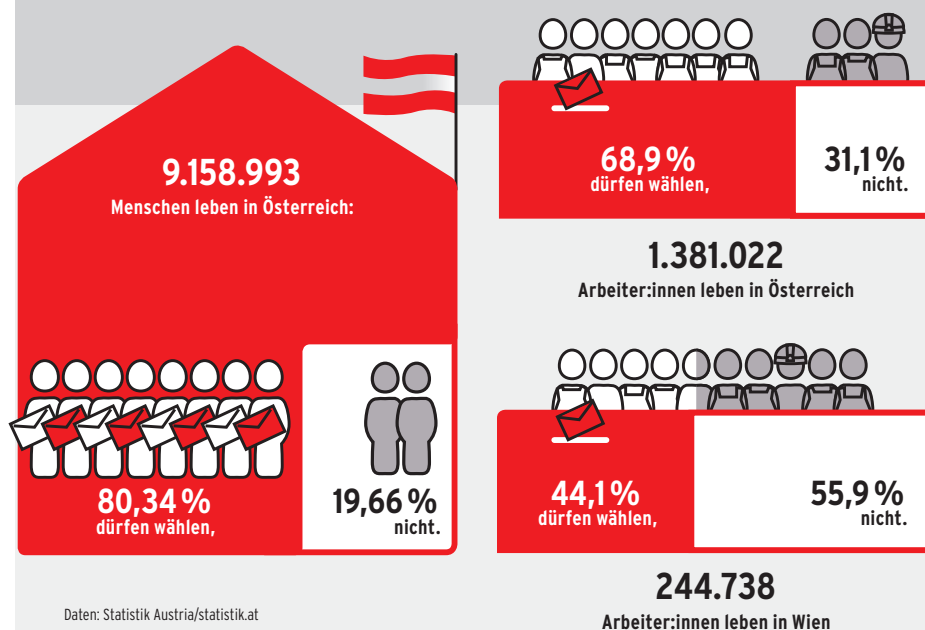
© Nicolas Mahler

Doch nicht still und leise

ÖBB Nightjet Die stille und in der Öffentlichkeit nicht kommunizierte Preisänderung beim ÖBB Nightjet sorgte für einen Aufschrei. Die Aufregung im Netz und in den klassischen Medien war groß, als klar wurde, dass so manche Fahrt im Schlafwagen plötzlich deutlich teurer war und mehrere hundert Euro kostete. Mit dem Fahrplanwechsel 2023/24 haben die ÖBB ein neues Preissystem eingeführt, das die Fahrpreise nun dynamisch und jederzeit nachfrageorientiert gestaltet. In der Hochsaison, an stark frequentierten Reisetagen und für Spontanreisende werden die Tickets in der Regel deutlich teurer. Es gibt keine festen Preise oder Preisstufen mehr, sondern ein Kontinuum möglicher

Preise zwischen einem Mindest- und einem Höchstbetrag. Fraglich ist, ob damit der Tarifveröffentlichungspflicht nach dem österreichischen Eisenbahngesetz entsprochen wird. Auch die Politik ist gefordert. Die hohen Tarife dürften auch dem Wirkungsziel des Budgets widersprechen, wonach die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr der „Sicherung der Mobilität von Personen und Gütern unter Berücksichtigung der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit“ dienen sollen. **DA**

Wahlen: Wer darf mitentscheiden?



Grundrechte Von den 9.158.993 Millionen Menschen die im Jahr 2024 in Österreich leben, haben laut aktueller Daten der Statistik Austria 1.801.184 nicht die österreichische Staatsbürgerschaft. Somit besitzen 19,66 Prozent der Wohnbevölkerung kein Wahlrecht, beziehungsweise werden es auch mit Erreichen des 16. Lebensjahres nicht erwerben. Noch gravierender ist die Situation bei den 1.381.022 in Österreich lebenden Arbeiter:innen (Zahlen aus dem Jahr 2021). 429.207 von ihnen,

also 31,1 Prozent der Arbeiter:innen, dürfen sich nicht an Landtags- oder Nationalratswahlen beteiligen. In Wien haben die 136.706 Arbeiter:innen ohne Wahlrecht sogar bereits eine deutliche Mehrheit von 55,9 Prozent gegenüber den 108.032 Arbeiter:innen mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

Die Entwicklung der letzten Jahre ist eindeutig: Prozentual gesehen dürfen immer weniger Menschen in Österreich wählen. Für den sozialen und ökologischen Umbau werden aber alle gebraucht. Insbesondere Arbeiter:innen sehen sich in die Rolle gedrängt, dass über sie hinweg entschieden wird. Der notwendige gesellschaftliche Umbau erfordert Änderungen und gegebenenfalls auch Einschnitte. Daher müssen die Menschen in Österreich mitentscheiden können, um eine breite, gesellschaftliche Basis zu schaffen. Mehr zu diesem Thema findet sich im Schwerpunkt „Demokratie“ ab Seite 10. **FJ**

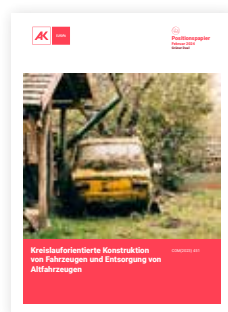
Jeder fünfte in Österreich lebende Mensch darf an den Nationalrats- und Landtagswahlen nicht teilnehmen.



Rekordabsatz und Jobverluste

Profitmaximierung Die KTM-Mutterkonzern Pierer Mobility meldet für 2023 einen neuen Umsatzrekord von 2,65 Milliarden Euro. Gleichzeitig kündigte man an, 300 Jobs in Oberösterreich zu streichen. Von den Stellenstreichungen werden hauptsächlich Leiharbeitskräfte betroffen sein. Für den Konzern-Vorstand Viktor Sigl „hat das eine mit dem andern nichts zu tun“.

Der Rekord ging hauptsächlich auf den Bereich Fahrräder und E-Bikes zurück. Die 300 Arbeitsplätze werden nach Indien und China ausgelagert – wegen der niedrigeren Lohnkosten wegen. Dort wird weiter produziert, was eigentlich ein Auslaufmodell sein sollte: Benzinbetriebene Motorräder mit einem Hubraum von 700 bis 900 Kubikzentimeter. **HH**



Positionspapier

Download:

[Kreislauforientierte Konstruktion von Fahrzeugen und Entsorgung von Altfahrzeugen](#)



Die EU-Kommission hat Maßnahmen zur Verbesserung der Recyclingfähigkeit der Automobilindustrie vorgeschlagen, die das Design, die Produktion und die Entsorgung von Altfahrzeugen betreffen. Das ist sehr positiv. Für Verbraucher:innen fehlen im Kreislaufpass jedoch konkrete Verpflichtungen für Hersteller.

Aus Alt mach Neu

Kreislaufwirtschaft Die Fahrzeugindustrie in Europa hat aufgrund ihres hohen Ressourcenverbrauchs einen sehr großen ökologischen Fußabdruck. So entfallen allein auf diesen Sektor knapp 19 % der gesamten europäischen Stahlnachfrage, 10 % des gesamten Kunststoffverbrauchs und ein erheblicher Teil der Nachfrage nach Aluminium, Kupfer und Glas. Dies will die Europäische Kommission mit einem aktuellen Vorstoß ändern und schlägt mehrere Maßnahmenbündel vor. Mit einer entsprechenden Verordnung soll die Kreislauffähigkeit von Fahrzeugen erhöht werden, indem z.B. Mindestquoten für die Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit sowie Verwertbarkeit vorgeschlagen werden. Die AK begrüßt die grundsätzliche Stoßrichtung des Vorschlags, zeigt in einem aktuellen Positionspapier aber auch Schwachstellen auf, die die Zielerreichung gefährden. **JF**



Kommentar

Vom Agrardiesel zur EU-Agrarpolitik



Von Maria Burgstaller

Öffentliche Fördergelder sollten im besten Fall Positives bewirken – nach dem Motto „public money for public goods“. Die Förderungen könnten der Umwelt und dem Klimaschutz helfen und soziale Benachteiligung reduzieren. Beim Agrardiesel ist das allerdings gar nicht beabsichtigt. Denn mit diesen Zahlungen an die Landwirtschaft sind keine Auflagen verknüpft. Berechnet wird die Fördersumme nach Hektar und Intensivität der Bewirtschaftung. Im Prinzip bedeutet das: Je größer ein Betrieb, desto höher die Auszahlungssumme. 30 Millionen Euro waren hierzulande im Jahr 2023 dafür dotiert. Eher unbedeutend im Vergleich zu den rund 2,8

Milliarden Euro
Gesamtzahlungen
für die österreichische Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2022.

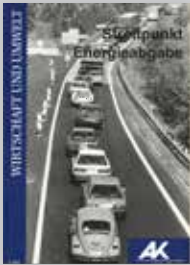
Der Agrardiesel ist eine nationale Zahlung, mit der keine ökologischen Auflagen verknüpft sind.

Beim Agrardiesel handelt es sich um eine rein nationale Zahlung. Das ist auch in Deutschland so. Trotzdem wurde damit die Negativstimulierung gegen die EU-Agrarpolitik befeuert. In Folge hat die EU-Kommission wichtige Vorhaben wie die Reduktion der Pestizide zu Grabe getragen. Der Grüne Deal ist, was die Landwirtschaft betrifft, ein Null Deal geworden. Sogar bestehende Biodiversitätsauflagen wurden gestrichen, die Fördergelder dafür jedoch nicht. Ein Rückwärts in die Zukunft? Dabei wären gesunde Böden, die Reduktion der Treibhausgase und vieles mehr auch für die Landwirtschaft selbst überlebenswichtig. Fördergelder könnten in die richtige Richtung steuern. Sofern der Weg dafür frei wird.

Maria Burgstaller

ist Referentin in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien mit Schwerpunkt Agrarpolitik.

WUM-Zeitreise



Vor 30 Jahren

CO₂-Abgabe „Die ökonomischen Dimensionen einer Energiesteuer wurden bereits in vielen Ländern erkannt und zum Teil schon umgesetzt. Wachsende Umweltprobleme, wie etwa der Treibhauseffekt, haben die Diskussion rund um eine Energiesteuer auch in Österreich vorangetrieben.“



Vor 15 Jahren

Nano „Viele Chemikalien zeigen in extrem kleiner Form neuartige oder veränderte Eigenschaften. Die sogenannten „Nanotechnologien“ nutzen diese Phänomene gezielt. Als Vorteile dieser Technologien werden Chancen für den Arbeitsmarkt, Beiträge zum Umwelt- und Klimaschutz, zur Schonung unserer Ressourcen [...] genannt. Der Einsatz von Nanomaterialien ist aber auch umstritten – unter anderem weil es noch große Wissenslücken hinsichtlich der Risiken gibt. Wohin die Reise geht, ist noch ungewiss.“

Nationales Luftreinhalteprogramm

Landwirtschaft Österreich muss ein nationales Luftreinhalteprogramm beschließen. Das sehen EU-Vorschriften vor, damit bestimmte Luftschadstoffe eine gesunde Umgebungsluft nicht gefährden. Die zuständige Ministerin Leonore Gewessler hat allerdings ein Programm vorgelegt, in dem konkrete Vorgaben für Ammoniak völlig fehlen. Ammoniak entsteht fast ausschließlich in der Landwirtschaft durch mineralischen Dünger und Lagerung bzw. Ausbringung von Gülle auf die Felder. Wird dieses Reizgas freigesetzt, bildet es mit anderen Schadstoffen Feinstaub und Ozon und schädigt Ökosysteme. Österreich unternimmt seit Jahren zu wenig dagegen. Die Kommission hat deshalb im November 2023 ein bestehendes Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich eingeleitet. In einer Stellungnahme fordert die AK die Ministerin dazu auf, endlich konkrete Maßnahmen zu setzen. **FG**

Diesel-Skandal

Volkswagen Genau 62 Pkw-Modelle des Volkswagen-Konzerns entsprechen aufgrund von Abchalteinrichtungen nicht den Typgenehmigungsvorschriften. Daran ändert auch das Software-Update als „Nachbesserung“ nichts. Das besagt ein neues Urteil des Verwaltungsgerichts Schleswig vom 17. Januar 2024, das ein anderes Urteil aus dem vergangenen Jahr ergänzt. Das Gericht weist damit das zuständige Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) an, die illegalen „Thermofenster“ aus diesen Modellen zu entfernen und sie mit Katalysatoren nachzurüsten. Sofern dies nicht möglich ist, fordert die klagende Deutsche Umwelthilfe (DUH) Schadensersatz für die betroffenen Autohalter:innen. Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig, da Volkswagen voraussichtlich bis in die letzte Instanz gehen wird, um Zeit zu gewinnen. **FG**

EU-Handelsabkommen mit Chile

Green Deal Die EU-Kommission hat Ende 2020 eine Neuausrichtung der EU-Handelspolitik angekündigt. Der Außenhandel im Sinne des europäischen Grünen Deals sollte eng mit den EU-Klimazielen verknüpft werden und so einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Klimakrise leisten. Er sollte auch zur Verbesserung der Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards dienen. Das geplante Handelsabkommen mit Chile weist jedoch erhebliche Schwächen auf, die diese Ziele gefährden und aus Arbeitnehmer:innensicht höchst problematisch sind. Der Rohstoffreichtum Chiles gilt als wichtiges Argument für das neue Abkommen, doch die unmenschlichen und ausbeuterischen Bedingungen im Bergbau

werden dabei meist ausgeblendet. Zudem könnten Unternehmen Staaten vor privaten Schiedsgerichten wegen verbesserter Arbeitsrechte oder des Klimaschutzes verklagen, sollten dadurch Gewinnerwartungen nicht erfüllt werden. Auch das Nachhaltigkeitskapitel ist völlig zahnlos. Kritische Bereiche der Infrastruktur und Daseinsvorsorge sind nicht lückenlos vom Abkommen ausgenommen, auch nicht in essentiellen Bereichen wie der Wasserversorgung. Der Ausbau und die Absicherung von Liberalisierungen, wie sie in diesem Abkommen vorgesehen sind, bedrohen zudem die notwendige wirtschaftliche Regionalisierung und die sozial-ökologische Ausrichtung öffentlicher Aufträge. **SI**



„Wir fahren gemeinsam“

Ein gemeinsames Bündnis aus Gewerkschaft und Klimabewegung setzt sich in Österreich für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs ein. Gerade Busse sind ein wichtiger Baustein um (insbesondere im ländlichen Raum) den Umbau zu einer ökologischeren und sozialeren Gesellschaft zu erreichen. Dem motorisierten Individualverkehr kommt dabei eine große Bedeutung zu, weil laut Umweltbundesamt der Verkehrssektor in Österreich rund 30 Prozent zum Ausstoß klimaschädlicher Gase beiträgt. Der höchste Anteil der Emissionen im Verkehr ist auf den Pkw-Verkehr zurückzuführen. Es ist also dringend Zeit für mehr Bus.

Busfahrer:innen befinden sich 2024 erstmalig auf der Mangelberufsliste. Wie ist das zu erklären?

Die Arbeitsbedingungen sind in den letzten Jahren einfach schlechter geworden. Der Arbeitsdruck hat für die Busfahrer:innen immer mehr zugenommen, beispielsweise durch kürzere Taktungen des Linienverkehrs. Für jüngere Fahrer:innen ist der Job unattraktiv, weil die Dienste bis zu 15 Stunden am Tag dauern und man teilweise 24/7 in der Woche unterwegs sein muss. Darunter leidet die Familie.

Wie steht die Gewerkschaft vida zur Umstellung der Busflotte auf E-Mobilität?

Die Stadt Wien ist hier ein Vorreiter und die Einrichtung von E-Bussen ist im städtischen Bereich sicher sinnvoll. Wobei Oberleitungsbusse wie in Salzburg und anderen großen europäischen Großstädten geeigneter sind, da die E-Busse in Wien nur über die Oberleitung geladen werden. Das führt zu langen Ladezyklen. Gleichzeitig ist Wien auch Vorreiter bei Wasserstoffbussen. Ich bin bei E-Bussen eher skeptisch und halte Wasserstoffbusse

für zukunftsweisender. Insbesondere im ländlichen Raum, wo einfach größere Distanzen mit dem Bus zurückgelegt werden müssen.

Gewerkschafts- und Klimabewegung erkennen zunehmend die Notwendigkeit, aber auch die Chancen eines gemeinsamen Kampfes. Im Januar wurde das Bündnis „Wir fahren gemeinsam“ durch vida, AK und Klimaaktive gestartet. Wie kam es dazu und was sind die Forderungen?

Das war durchaus ein wenig ein Zufall. Ich habe die Klimaaktivist:innen beim ÖGB-Kongress im Juni 2023 persönlich kennengelernt. Dort haben wir ein Treffen bei der vida vereinbart, um die gemeinsame Interessenslage auszuloten. Die Kooperation in Deutschland von der ver.di mit Fridays For Future hatte ich mitverfolgt und mir gedacht, das ist eine gute Geschichte. Die vida fordert nicht erst seit kurzem den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, sondern schon seit vielen, vielen Jahren. Dabei kann nicht genug betont werden: Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs funktioniert nur, wenn wir genügend Personal haben. Und genügend zufriedenes Personal! Ich kann gerne heute 5.000 Busse bestellen, aber wenn ich nicht 5.000 Fahrer:innen habe, dann wird dieser Wandel nie gelingen. Das gemeinsame Interesse von den Fridays, System Change und uns liegt im



Markus Petritsch ist der Fachbereichsvorsitzende „Straße“ der Gewerkschaft vida und zuständig für die Vertretung der Busfahrer:innen. © vida

Ausbau des öffentlichen Verkehrs und guten Arbeitsbedingungen, die diesen erst möglich machen. In dieser Konstellation sollten dann auch gemeinsame Protestmaßnahmen möglich sein, wenn wir am Verhandlungstisch keine Einigungen erzielen.

Nur wenn Green Jobs auch gute Jobs sind, kann der Umbau gelingen?

Absolut. Da helfen auch keine Mangelberufslisten. Es gibt da gewisse Agenturen, denen die Busunternehmen 7.000 Euro pro Fahrer:in zahlen, damit die Agentur im Ausland nach geeigneten Fahrer:innen sucht. Das zeigt doch eindeutig, dass die Unternehmen bereit sind, Geld zu investieren. Aber warum nur für Mitarbeiter:innen aus Drittländern? Warum nicht in bessere Bedingungen in Österreich investieren? Diplomatisch ausgedrückt finde ich es sehr bedenklich, dass man anscheinend ausreichend Geld hat – und das sind übrigens öffentliche Gelder. Und diese Steuergelder buttert man in Agenturen für Mitarbeiter:innen, bei denen man nicht weiß, ob die bleiben werden, anstatt die Arbeitsbedingungen in Österreich zu verbessern. □

Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs funktioniert nur, wenn wir genügend Personal haben. Und genügend zufriedenes Personal!

Der Umbau braucht Demokratie – Demokratie braucht den Umbau!

Im Superwahljahr 2024 sind alle Augen auf die Demokratie gerichtet. Dabei zeigt sich eine Schieflage: Nicht alle, die von den Ergebnissen staatlicher Entscheidungen betroffen sind, dürfen auch mitbestimmen. Ein guter Zeitpunkt um sich daran zu erinnern, dass Demokratie immer erst erstritten werden muss und jedes Recht auf Mitbestimmung hart erkämpft. Von ASTRID SCHÖGGL



Astrid Schöggel
ist Ökonomin der
Abteilung Klima, Umwelt
und Verkehr in der AK
Wien
© Markus Zahradnik

Allein in Österreich finden heuer sieben Wahlen statt, darunter die Nationalratswahl, die Europawahl und die Arbeiterkammer-Wahl. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Demokratie und soziale Gerechtigkeit maßgeblich von der Arbeiter:innenbewegung erkämpft wurden. Im frühen 20. Jahrhundert wurde in Österreich auch eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung über Wirtschaftsdemokratie geführt. Folgerichtig war 1934 das Verbot der freien Gewerkschaften nach den Februaraufständen ein wichtiger Eckpfeiler der Diktatur. Heute ist die Demokratie mit der betrieblichen Mitbestimmung durch Betriebsräte und Personalvertretungen auch in den Betrieben institutionell verankert.

Die aktuellen Krisen stellen auch die Demokratie vor Herausforderungen. Gesellschaftliche Ungleichheit, Zugangsbeschränkungen zu formeller Mitbestimmung

und Machtverschiebungen von den Beschäftigten hin zu Unternehmen erschweren echte demokratische Teilhabe. Gerade die unteren Einkommensgruppen fühlen sich zunehmend von Entscheidungen ausgeschlossen. Dabei sollte eigentlich gelten: Was alle betrifft, sollte von allen entschieden werden.

Die Demokratie ist in Gefahr

Dass die Demokratie gegenwärtig hinter diesen Anspruch zurückfällt, lässt sich besonders deutlich an der Klimakrise beobachten. Die Klimakrise wirkt sich am stärksten auf jene Menschen aus, die weder besonders zu ihrer Verursachung beigetragen haben, noch bei klimapolitischen Maßnahmen mitentscheiden können. Das trifft innerhalb von Österreich zu, aber besonders in einem globalen Maßstab. Laut Prognosen des Weltklimarats IPCC macht jedes Zehntel Grad Erderhitzung einen Unterschied darin, wieviel Fläche des Planeten un-

Was alle betrifft, sollte von allen entschieden werden.



Erzeuger:innen fossiler Energie
hatten fast

3 Mal so viele Treffen

bei der EU-Kommission zu Wasserstoff
wie Umwelt-NGOs.

bewohnbar wird. Millionen Menschen werden in Folge der Klimakrise und den möglicherweise daraus resultierenden geopolitischen Konflikten vertrieben werden.

Aktuell ist ein erstarkender Rechtsextremismus zu beobachten, der davon profitiert, dass Migration unaufhörlich als politisches Thema befeuert wird. Gerade erst deckten Investigativ-Journalist:innen von „Correctiv“ auf, wie ein einflussreiches, rechtsextremes Netzwerk die Säuberung Europas von Menschen nach völkisch-rassistischen Kriterien plant. Parteien, die diesem Spektrum angehören, gewinnen laut Umfragen an Zustimmung. Mit Hinblick auf die EU-Wahlen und Nationalratswahlen ist dies ein dringender Handlungsauftrag an fortschrittliche Akteur:innen.

Diese Entwicklungen betreffen auch die Klimapolitik, die zunehmend in rechte Erzählmuster einbezogen wird, wenn etwa der Verschwörungsmythos einer „grünen Elite“ als Feindbild konstruiert wird. Erschreckend ist auch die zunehmende Kriminalisierung von Klima-Aktivismus. Dabei ist ziviler Ungehorsam elementar für Demokratie und Fortschritt. Klimapolitik ist auf der politischen Bühne angekommen, dadurch ist sie aber auch politisch umstrittener geworden.

Warum braucht Klimapolitik Demokratie?

Laut einer Befragung der Beratungsfirma Deloitte ist die Zustimmung für klimapolitische Maßnahmen rückläufig. Dass gerade auch die Klimapolitik einen Backlash erfährt, verdeutlicht eine wichtige Erkenntnis: Das Bewusstsein für die Klimakrise und die Dringlichkeit des Handelns ist da. Um die Unterstützung der Vielen für Klimapolitik zu sichern, müssen bessere Antworten auf ihre Fragen gefunden werden.

Hierbei ist es wichtig, das Problem korrekt zu benennen. Es fehlt nicht demokratische Unterstützung für Klimapolitik, sondern für die herrschende Klimapolitik: Für die Klimapolitik des moralischen

Zeigefingers. Für die Preismechanismen, bei denen die Reichsten für ihre Umweltverschmutzung einfach bezahlen können. Für die Verbote, für die keine nachhaltigen Alternativen bereitgestellt werden. Für die Anreize für neue Geschäftsmodelle, ohne dabei an die Arbeitsplätze zu denken, die an die alten Modelle gebunden sind.

Das unterstreichen die Ergebnisse einer Studie des Brüsseler Forschungsinstitutes Bruegel, die zeigen, dass die Ablehnung zu Klimamaßnahmen meist nicht ideologisch, sondern materiell ist. So unterstützen die Befragten durchgängig ambitioniertere EU-Klimamaßnahmen, wenn sie daraus keine Nachteile für ihr Einkommen zu erwarten haben.

Warum ist das relevant? – **Erstens** besteht eine große Unsicherheit unter den Beschäftigten darüber, wie sich die Dekarbonisierung der Wirtschaft auswirken wird. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung (siehe „Wissenschaft“ S.30) zeigt, dass die Mehrheit der Befragten ein hohes Bewusstsein für die Klimakrise und die Dringlichkeit des Handelns hat. Wie der Wandel aussehen wird, ist jedoch sehr unklar. Jedenfalls erwarten die Befragten eher nur einen ökologischen, nicht aber einen sozialen Wandel. Das ist gefährlich, denn Menschen, die in hohem Ausmaß unsicher über ihre materielle Lage und sozialen Perspektiven sind, neigen dazu, das Vertrauen in die Demokratie zu verlieren und wenden sich mitunter rechtsextremen Akteur:innen zu.

Zweitens ist ein sozialer und ökologischer Umbau ohne Unterstützung der Lohnabhängigen nicht durchsetzbar. Es braucht gerade die Arbeiter:innenbewegung, um soziale und politische Rechte für die Vielen zu erkämpfen. In der Vergangenheit standen Arbeiter:innenbewegung und Klimabewegung jedoch oft nicht auf derselben Seite. Eine wichtige Erkenntnis liefert hier Timothy Mitchell, der argumentiert, dass die Arbeiter:innenbewegung gerade im Aufstieg fossiler Energien ihre demokratischen Rechte besonders stärken konnte. Kohle hatte, grob vereinfacht gesagt, jene Eigenschaften, die den Arbeitern und ihren Gewerkschaften besonders viel Verhandlungsmacht gab. Es wurden viele Männer zum Kohleabbau gebraucht, die in ihren Bergwerken schwer zu überwachen waren. Der Transport der Kohle war abhängig von Schieneninfrastruktur, die leicht zu bestreiken war. Daraus entstand ein mächtiges Mittel, um die Interes-

Kurzgefasst

Ökologische Fragen sind eng mit sozialen Machtverhältnissen verwoben. Es braucht eine Klimapolitik, die attraktiv für die Arbeitenden ist. Dafür müssen sie aber die Klimapolitik selbst politisch mitgestalten können. Die Arbeiterkammer fordert einen umfassenden sozialen und ökologischen Umbau, der das Leben der Vielen verbessert und dabei auf den notwendigen Pfad einlenkt, um die Klimaziele zu erreichen. Demokratie ist gleichermaßen Ziel und Voraussetzung eines solchen Umbaus



Die Menschen wären bereit,
Klimaziele zu unterstützen, die

um 20% ambitionierter

sind als die derzeitigen – wenn
sie davon keine materiellen Nachteile
zu erwarten haben.

sen der Arbeiter:innen durchzusetzen. Der globale Übergang zu Öl schwächte die Verhandlungsposition der Arbeiter:innen.

Was schwächt die Demokratie?

Für viele Menschen, insbesondere jene mit geringen Einkommen, kann die Demokratie ihre zentralen Versprechen nicht mehr einlösen. Die Mehrheit im unteren Einkommensdrittel fühlt sich von der Politik wie Menschen zweiter Klasse behandelt und sieht sich im Parlament nicht vertreten. Nur mehr jede:r Vierte ist überzeugt, mit einer Wahlteilnahme etwas bewirken zu können. Politisches Engagement muss man sich zudem finanziell auch leisten können. Hinzu kommen viele Menschen, die aufgrund ihrer Staatsbürger:innenschaft gar nicht wählen dürfen (siehe Beitrag S.14).

Demokratie braucht die konkrete Erfahrung, dass sich etwas verändern lässt, wenn man sich solidarisch zusammenschließt.

Dass Ungleichheit eine Gefahr für die Demokratie ist, thematisiert die Arbeiterkammer seit Jahren. Forschungsergebnisse zeigen, dass auch in Demokratien politische Entscheidungen zugunsten der Wohlhabenden verzerrt werden. Die Anliegen von Menschen mit geringerem Einkommen haben eine viel geringere Chance, umgesetzt zu werden, als jene Wohlhabender. Die immense Vermögensungleichheit schadet somit auch der politischen Gleichheit. Wirtschaftliche Ressourcen können in politischen Einfluss umgewandelt werden: Über Parteispenden, Think Tanks oder Medien können Reiche, Industrielle und Wirtschaftsverbände die Klimapolitik und -berichterstattung beeinflussen.

Ein weiteres Problem für die Demokratie sind technokratische Strukturen, die vor allem auf EU-Ebene zunehmend eingerichtet werden. Gerade im Bereich der Klimapolitik wird – auch mit Verweis auf die Dringlichkeit – zu wenig auf politische Debatte und Aushandlung, insbesondere unter Einbeziehung der Gewerkschaften, gesetzt, während viel Macht bei nicht gewählten Expert:innen liegt. Beispielsweise konnte die Europäische Kommission ihre Kompetenzen im Rahmen der Rohstoffstrategie oder der Beschaffung von Energieträgern ausweiten. Außerdem können bereits mächtige Akteur:innen in der Gestaltung solcher politischer Maßnahmen Einfluss nehmen, um ihre Interessen durchzusetzen. Eine Studie in den USA hat gezeigt, dass das Lobbying-Verhältnis bei Klimamaßnahmen zwischen Unternehmen und Zivil-

gesellschaft 21 zu 1 beträgt. Die Interventionen rund um die Handelsabkommen TTIP und CETA sind ebenso gut dokumentiert, wie jene der fossilen Lobby bei der Wasserstoffstrategie. Umso wichtiger ist es, das Wahlrecht bei den Wahlen zum EU-Parlament zu nutzen.

Mitbestimmung in der Produktion

Wie bereits ausgeführt, sind es gerade auch Arbeitskämpfe, die Mitbestimmung und soziale Rechte für die Vielen sichern. Die Arbeiterkammer warnt davor, in der Klimapolitik mittels der Thematisierung individueller Konsumententscheidungen abzulenken. Zentrale Auseinandersetzungen über die Eindämmung der Klimakrise müssen im Bereich der Produktion geführt werden: Was und wie hergestellt wird, ist die wichtigste Frage. Daher ist die Mitbestimmung im Betrieb, dem Ort der Produktion, ein zentrales Feld der Auseinandersetzung.

Bei Umstrukturierungen, die im Rahmen der Dekarbonisierung zahlreich stattfinden müssen, sind die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitenden und ihrer Betriebsräte jedoch relativ schwach ausgeprägt. Nur wenige Paragraphen des Arbeitsverfassungsgesetzes sehen eine „Mitwirkung in wirtschaftlichen Angelegenheiten“ vor: Informations- und Beratungsrechte sowie Stellungnahmemöglichkeiten bei Betriebsübergängen und Betriebsänderungen bis hin zur allfälligen Durchsetzung eines Sozialplans (§ 108, § 109); Aufsichtsratsmitbestimmung (§ 110); Einspruch gegen die Wirtschaftsführung in Form einer „Branchen-Schlichtung“ (§ 111); Einspruch bei der Staatlichen Wirtschaftskommission (§ 112).

Eine gleichberechtigte Mitbestimmung fehlt gänzlich. Argumentiert wird dies meist mit Grundrechten zum Schutz der Eigentümer:innen. Gerade im Rahmen der grünen Modernisierung wird von Seiten der Unternehmensvertretung häufig der Standortwettbewerb vorgeschoben, um soziale Rechte zurückzudrängen. Beschäftigte werden dabei als bloße Objekte der Krisenlösungsstrategien gese-

hen. Dies trägt zum Vertrauensverlust in die Demokratie bei. So sind Beschäftigte in Unternehmen mit starken Mitbestimmungsrechten und gelebter Demokratie am Arbeitsplatz bei politischen Wahlen deutlich weniger empfänglich für rechtsnationale, demokratie- und europafeindliche Parteien. Wer einen engagierten Betriebsrat hat, steht dem politischen System insgesamt positiver gegenüber und beteiligt sich auch häufiger außerhalb der Arbeit. Um zu verhindern, dass eine ökologische Modernisierung zu einem Abbau von Beschäftigtenrechten, zu Sozialabbau, letztlich zu einer Gefährdung des sozialen Zusammenhalts und zu einem Rückgang von Zustimmung für die Klimapolitik führt, muss die betriebliche Mitbestimmung daher dringend ausgebaut und gestärkt werden. Demokratie darf nicht vor Werkstoren und Konzernen enden.

Demokratie braucht Repolitisierung

Das Recht auf Mitbestimmung allein reicht jedoch nicht aus. Es ist schließlich nicht gesagt, dass Menschen, sobald sie mitentscheiden können, automatisch die besten Entscheidungen für die Gesellschaft als Ganzes treffen. Zu tief sind kapitalistische Logiken in alle Lebens- und Arbeitsbereiche eingeschrieben. Wer es in Ordnung finden soll, acht Stunden oder mehr am Tag Befehle zu befolgen, kann schwer ein durchgängig demokratisches Denken und Handeln entwickeln.

Studien verweisen auf die Bedeutung von positiven Demokratieerfahrungen im Alltag, beispielsweise im Betrieb. Damit demokratisches Denken und Handeln wieder aufleben kann, müssen Menschen konkrete Erfahrungen ihrer eigenen Wirkmächtigkeit in politischen Ausverhandlungen machen. Dazu braucht es auch ein gesellschaftliches Projekt, das die Vielen überzeugt und eine Orientierung für konkretes, politisches Handeln gibt.

Ein umfassender sozialer und ökologischer Umbau kann dies leisten. Eine Säule dieses Umbaus ist echte Wirtschaftsdemokratie, auf europäischer, nationaler, regionaler und betrieblicher Ebene. Um die Klimakrise abzuwenden, braucht es Demokratie bei allen Entscheidungen, insbesondere darüber was und wie produziert wird. Dafür müssen letztlich auch die Institutionen der Arbeiter:innenbewegung demokratisch sein. Die Arbeiterkammer-Wahlen, bei denen die Beschäftigten ihr selbstverwaltetes Parlament wählen können, sind dahingehend eine zentrale Errungenschaft. □



Damit die Funken in der Produktion sprühen können, sollten auch die Meinungen der Mitarbeiter:innen gehört werden.

© Greg Rosenhe | Unsplash

Transformation der Industrie: Keine öffentlichen Gelder ohne Mitbestimmung

Um die Klimaziele zu erreichen, wird derzeit viel Geld in die Hand genommen. Für die grüne Modernisierung werden neue Technologien, Infrastrukturen oder Geschäftsmodelle gefördert. Auch in Österreich wurde eine hochdotierte Förderschiene für die Transformation der Industrie geschaffen.

Die Arbeiterkammer setzt sich gemeinsam mit dem ÖGB dafür ein, dass diese Förderungen an soziale Kriterien geknüpft werden. Ohne Mitbestimmung und soziale Absicherung der Beschäftigten bleiben Förderungen eine reine Umverteilung zugunsten der Unternehmen – schließlich kommen 80 Prozent der Steuereinnahmen von den Arbeitnehmer:innen.

Dazu sollten Unternehmen für die Transformation konkrete Pläne vorlegen. Sie müssen darstellen, wie sich die Veränderungen auf das Unternehmen auswir-

ken – insbesondere auf die Zahl, die Qualifikation und Weiterbildung der Beschäftigten. Transformationspläne fallen somit unter § 108 ArbVG, der ein Mitwirkungsrecht des Betriebsrates vorsieht.

Die Interessenvertreter:innen der Unternehmen waren dagegen. AK und ÖGB argumentierten: Die Beschäftigten sind die Expert:innen für ihre eigene Arbeit. So konnte erkämpft werden, dass Unternehmen sich über ihre Dekarbonisierungspläne mit dem Betriebsrat beraten müssen, um Förderungen zu erhalten. □

Zugang zum Wahlrecht: Ein gesellschaftlicher Kipppunkt

Ein erfolgreicher sozialer und ökologischer Umbau muss demokratisch sein. Doch der Anteil der Wahlberechtigten an der österreichischen Gesamtbevölkerung nimmt kontinuierlich ab. Eine ernsthafte politische Debatte über den Zugang zum Wahlrecht findet bisher nicht statt. Von JUDITH FITZ und SAGAL HUSSEIN



Judith Fitz
ist Mitarbeiterin der
Abteilung Klima, Umwelt
und Verkehr der AK Wien

© privat



Sagal Hussein
ist Forschungsassistentin
der Abteilung Klima,
Umwelt und Verkehr
der AK

© Leonardo Ramirez

Der soziale und ökologische Umbau hin zu einem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das nicht auf der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und natürlicher Ressourcen beruht, erfordert nicht weniger als die völlige Umgestaltung unserer bisherigen Lebens- und Produktionsweise. Ein solcher Transformationsprozess kann nur unter Einbeziehung so vieler Menschen wie möglich gelingen. Dies bedeutet, dass einerseits neue Formen der Mitbestimmung geschaffen werden müssen (Siehe Beitrag S.10), andererseits sind auch die bestehenden Möglichkeiten politischer Teilhabe, allen voran das Wahlrecht, neu zu überdenken.

Wer hat die Wahl?

Dreh- und Angelpunkt der repräsentativen Demokratie sind Wahlen. In regelmäßigen Abständen sind alle Wahlberechtigten aufgerufen, ihre Repräsentant:innen zu wählen, die dann Gesetze – und somit die grundlegenden Regeln unseres Zusammenlebens – beschließen. Wer in Österreich bei Nationalratswahlen wählen darf, ist in der Nationalratswahlordnung geregelt. Demnach sind dies grundsätzlich alle Staatsbürger:innen, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben. Von den rund 9,1 Millionen Einwohner:innen sind aufgrund dieser Vorgaben mehr als 1,7 Millionen Menschen im wahlfähigen Alter nicht berechtigt, ihre Stimme

abzugeben. Dabei wurden 260.000 davon sogar hier geboren. In Wien ist die Situation noch deutlich verschärft: Nur 65,75 Prozent der Wiener:innen im wahlfähigen Alter besitzen die österreichische Staatsbürgerschaft und sind damit auf allen Ebenen wahlberechtigt. (Siehe Beitrag S.6)

Ebenso setzen direktdemokratische Mittel zur politischen Teilhabe, wie Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen eine Wahlberechtigung voraus. Blickt man auf die Zahl der Wahlberechtigten bei Nationalratswahlen, so wird allerdings schnell klar, dass eine Vielzahl der in Österreich lebenden Menschen keinen Platz in der repräsentativen Demokratie hat. Hand in Hand mit dem Ausschluss vom aktiven, geht auch der vom passiven Wahlrecht. Daher dürfen auch nur österreichische Staatsbürger:innen gewählt werden. Dies hat zur Folge, dass sich die Lebensrealität von beinahe 20 Prozent der Bevölkerung nicht unter den Entscheidungsträger:innen widerspiegelt.

Die aktuelle demokratische Schieflage ist historisch gewachsen und lässt sich auf gewisse Entwicklungen in der zweiten Republik zurückführen. Bis in die 1980er Jahre waren hohe Wahlbeteiligungen von über 90 Prozent zu verzeichnen, die jedoch

Kippt die Demokratie?
Ende Januar versammeln
sich in Wien zehntau-
sende Menschen über
Parteigrenzen hinweg,
weil sie in Sorge um
den Fortbestand der
österreichischen
Demokratie sind.



Mehr als 60% der Arbeiterinnen

in ganz Österreich verfügen nicht über das
notwendige Einkommen für eine Einbürgerung.

kontinuierlich zurückgingen. Ungefähr zeitgleich nahm die Zahl der Einwohner:innen ohne österreichische Staatsbürger:innenschaft stark zu, während die Einbürgerungsrate relativ konstant blieb. Lediglich im Jahr 2003 stieg sie kurzfristig stark an. Seit 2004 klappt die Zahl der Einwohner:innen und der Wahlberechtigten durch rapide abnehmende Einbürgerungsraten allerdings noch verstärkt auseinander. Dieser Trend ist auf eine zunehmend restriktive Ausgestaltung des Zugangs zur Staatsbürger:innenschaft zurückzuführen.

Land der hohen Hürden

Neben der langen Anwartszeit von grundsätzlich zehn Jahren stellen in der Praxis vor allem die hohen Einkommenserfordernisse eine große Hürde für den Erwerb der österreichischen Staatsbürger:innenschaft dar. Wer eingebürgert werden möchte, muss in der Vergangenheit über regelmäßige Einkünfte verfügt haben und darf keine Leistungen aus der Sozialhilfe bezogen haben. Ein gesicherter Lebensunterhalt muss für 36 Monate innerhalb der letzten sechs Jahre nachgewiesen werden. Die Berechnung ist im Einzelfall sehr komplex. Von der Größenordnung her bedeuten die Vorgaben aber in etwa, dass z.B. ein Paar mit zwei Kindern nach Abzug regelmäßiger Aufwendungen wie Miete, Kredite oder Unterhaltungszahlungen über ein Einkommen von rund 2.100 € verfügen muss. Bei einem Netto-Medianeinkommen von rund 1.760 € monatlich für unselbständig Erwerbstätige und 1.390 € für Arbeiter:innen wird schnell klar, dass dieses Kriterium von sehr vielen Menschen nicht erfüllt werden kann.

Frauen sind besonders betroffen, weil sie durchschnittlich über ein geringeres Einkommen verfügen. Laut einer Erhebung aus dem Jahr 2019 verfügten mehr als 30 Prozent der angestellten Frauen und mehr als 60 Prozent der Arbeiterinnen in ganz Österreich nicht über das für eine Einbürgerung notwendige Einkommen. Auch das Einbürgerungsverfahren selbst ist teuer. Allein die Bundesgebühren für die Verleihung der Staatsbürger:innenschaft liegen bei über 1.100 Euro. Folglich bleiben viele Menschen dauerhaft von der Staatsbürger:innenschaft und somit vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Einer Studie zur EU-Integrationspolitik von MIPEX aus dem Jahr 2020 zufolge, gilt Österreich im Bereich der politischen Teilhabe als ausgrenzend. Im Vergleich zu den 56 Ländern, in denen die Studie durchgeführt wurde, bildet Österreich das Schlusslicht in puncto politische Teilhabe und gilt als das Land mit den unsichersten Zukunftsperspektiven für Drittstaatsangehörige. Dieselbe Studie weist darauf hin, dass die hohen Hürden bei der Einbürgerung sowie die mediale und politische Repräsentation migrantisierter Menschen dazu führt, dass diese in der breiten Öffentlichkeit als „Fremde“ und daher als ungleiche Bürger:innen wahrgenommen werden. Dies entspricht auch der Wahrnehmung migrantisierter Menschen selbst, die in verschiedenen Lebensbereichen (Arbeitsmarkt, Wohnraum, Aufstiegschancen) zunehmend rassistischer Ausgrenzung und Diskriminierung ausgesetzt sind, wie unter anderem der aktuelle Rassismus-Report von ZARA zeigt.

Heimat großer Ungleichheit

Neben der Staatsbürger:innenschaft werden in Österreich auch Wohlstand und Bildung vererbt. So sind Menschen ohne österreichische Staatsbürger:innenschaft um ein Fünffaches und Menschen, deren Eltern nicht in Österreich geboren wurden, um ein Vierfaches häufiger von Armut und Ausgrenzung betroffen als Österreicher:innen, die ihre Staatsbürger:innenschaft qua Geburt erwerben. Schließlich ist der Anteil der Menschen ohne Staatsbürger:innenschaft im Niedriglohnsektor um ein Vielfaches höher.

Der enge Zusammenhang von Staatsbürger:innen-schaft und Einkommen, der sich schon beim Erwerb der Staatsbürger:innenschaft sehr eindrücklich zeigt, ist kein Zufall. Das Geschäftsmodell vieler Unternehmen beruht darauf, Menschen in besonders prekären Beschäftigungsverhältnissen zu halten. Je unsicherer der Aufenthaltsstatus von Beschäftigten ist, desto geringer sind ihre Möglichkeiten, schlechten Arbeitsbedingungen zu

Kurzgefasst

Beinahe jede fünfte in Österreich lebende Person ist von den Wahlen zum Nationalrat und zu den Landtagen ausgeschlossen. Der für die Teilnahme notwendige Erwerb der Staatsbürger:innenschaft wird durch hohe finanzielle Hürden erschwert. Gerade Menschen mit niedrigem Einkommen sind überdurchschnittlich von den Folgen des Klimawandels betroffen. Auch ihre Stimme muss zählen.



Über ein Drittel

aller Wiener:innen im wahlfähigen Alter
ist nicht wahlberechtigt.

entkommen und sich gegen rechtswidrige Praktiken zu wehren. Welche Konsequenzen dies angesichts der Klimakrise hat, zeigt sich eindrücklich am Beispiel von Bauarbeiter:innen. Wie Gewerkschaft und Arbeiterkammer bereits mehrfach kritisiert haben, gibt es keinen gesetzlichen Anspruch, bei zu hohen Temperaturen im Sommer den Arbeitsplatz verlassen zu dürfen (Siehe „Betrieb“ S.22). Arbeitnehmer:innen sind demnach vom Wohlwollen ihres Arbeitgebers abhängig. Nur wer sozial und materiell abgesichert ist, wird sich dagegen wehren.

Viele Unternehmen, die Profite über Menschen stellen, verfügen aufgrund ihrer Kontakte und ihres Kapitals über die notwendigen Mittel, um politische Prozesse zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Demgegenüber sind prekarierte Menschen von der politischen Teilhabe oft gänzlich ausgeschlossen. Ausbeutung funktioniert aber gerade dann, wenn schlechte Arbeitsbedingungen und ungleiche Abhängigkeitsverhältnisse zunehmend auf jene ausgelagert werden, die demokratisch keine Stimme haben.

Mit allen für alle

Der Ausbeutung von Mensch und Natur, die zu den heutigen Krisen geführt hat, waren lange Zeit kaum Grenzen gesetzt. Unternehmen konnten sich an den natürlichen Ressourcen bedienen und Profite machen, ohne wesentlichen Regulierungen zu unterliegen. Erst mit dem Aufkommen großer Umweltprobleme wurden entsprechende Regeln geschaffen, um Natur und auch Menschen zu schützen. Der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft wurden durch den Kampf von Gewerkschaften und Arbeiter:innenbewegung Schranken gesetzt. So können sich Arbeitnehmer:innen heute auf zahlreiche Rechte berufen und sind nicht länger der Willkür der Unternehmen ausgesetzt. Der Genuss, bzw. die Durchsetzung der so der so erkämpften Arbeitsrechte bleibt allerdings vor allem jenen vorbehalten, die zumindest über einen gesicherten Aufenthaltstitel verfügen.

Soll der soziale und ökologische Umbau gelingen, müssen daher auch die Rechte prekariierter Men-



© getty images | unsplash

Wohl denen, die wählen dürfen. Ist Demokratie zu exklusiv und verwehrt vielen Landesbewohner:innen die Wahl, dann können große gesellschaftliche Aufgaben, wie der sozial-ökologische Umbau nur schwer gelingen.

Jede Stimme sollte zählen

In Österreich sind über 30 % aller Arbeiter:innen von den Nationalratswahlen ausgeschlossen – in Wien sind es sogar 55 %. Eine demokratische Schieflage, die sich weiter verschärft. Immer wieder kommt es in Wahlkämpfen vor, dass jene, die bei der Wahl keine Stimme haben, als Sündenböcke für Krisen herhalten müssen. Politiker:innen die meinen, nur für die Wahlbevölkerung verantwortlich zu sein, treiben damit einen Keil in die Gesellschaft.

Gleichwohl will niemand auf die Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge der Menschen ohne Wahlrecht verzichten. Die Arbeiterkammer vertritt die sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen von vier Millionen Arbeitnehmer:innen in Österreich. Bei der Arbeiterkammerwahl sind alle AK-Mitglieder wahlberechtigt, unabhängig von ihrer Staatsbürger:innenschaft. Die AK-Wahl findet in diesem Frühjahr in ganz Österreich statt.

Den Angriffen gegen arbeitende Menschen mit und ohne Staatsbürger:innenschaft muss eine starke, lösungsorientierte und diverse Interessenvertretung für Arbeitnehmer:innen gegenüberstehen. Die Arbeiterkammer setzt sich erfolgreich für faire Löhne, den Schutz und die Rechte aller arbeitenden Menschen ein. Ein sozialer und ökologischer Umbau, der in eine krisensichere Zukunft führt, kann nur mit allen in Österreich lebenden Menschen erarbeitet werden.

In Zeiten großer Unsicherheit ist es umso wichtiger von der eigenen Stimme Gebrauch zu machen.

schen gestärkt werden, um sie der ökologischen und ökonomischen Ausbeutung zu entziehen. Dies bedeutet auch, die Hürden zum Erwerb der Staatsbürger:innenschaft abzubauen und damit politische Teilhabe zu ermöglichen. Eine Neugestaltung unseres Zusammenlebens kann nur funktionieren, wenn sie von allen mitgetragen wird und auch die Interessen aller berücksichtigt. □

Die Bedeutung der Wahlen

Zwei wichtige Wahlen stehen in der ersten Jahreshälfte 2024 bevor, die von vielen Menschen in Österreich nur wenig beachtet werden: Die EU-Wahlen und die AK-Wahlen. Die Wirtschaft und Umwelt bittet den Zeithistoriker Florian Wenninger um eine kurze Einordnung.

Vorwahlumfragen sagen einen deutlichen Rechtsruck bei den nächsten EU-Wahlen voraus. Parteien werden zulegen, die offen rassistisch argumentieren und den Klimawandel leugnen. Inwieweit ist eigentlich die Demokratie in Gefahr?

Als Staatsbürger würde ich angesichts der jüngsten Entwicklungen sagen: Wenn Rechtsextreme bei Spendengalas über die Deportation von Millionen Menschen diskutieren und dem Generalsekretär der umfragestärksten Partei in Österreich dazu einfällt, er sehe kein Problem, es habe sich lediglich um eine Zusammenkunft von Patrioten gehandelt, dann haben wir diskursiv ein beängstigendes Feld betreten.

Mit der Gründung der AK im Jahr 1920 war ein ganz elementarer Fortschritt verbunden: Seither gibt es einen Wissensapparat, der ganz eindeutig auf Seiten der Beschäftigten steht.

Warum ist demokratische Mitbestimmung gerade auch auf europäischer Ebene so wichtig?

Die Zustimmung zur Demokratie lebt davon, dass Menschen das berechnete Gefühl haben, ihr Schicksal selbst mitbestimmen zu können. Das gilt auf allen Ebenen. So wichtig ich die Teilnahme an den Wahlen zum EU-Parlament finde, so wenig halte ich allerdings das euro-

päische Institutionengefüge für der Weisheit letzten Schluss. Auf den Punkt gebracht: Eine übermächtige Kommission, die hinter verschlossenen Türen Entscheidungen fällt und ein Parlament, das nicht einmal Initiativrecht hat – sind in Summe ein schwerwiegendes Demokratiedefizit. Menschen, die das kritisieren, sollte man ernst nehmen und nicht als Hinterwäldler und EU-Gegner:innen abtun. Und gleichzeitig sollte man sich nicht drüber wundern, warum viele Menschen das Gefühl haben, dass die EU-Wahlen für ihr Leben belanglos sind.

Die Wurzeln der Arbeiterkammer liegen in der Idee von Arbeitnehmer:innenparlamenten, in denen die Mitglieder selbst über die Ziele ihrer Vertretung entscheiden können. Das ist bis zum heutigen Tag bei den AK-Wahlen so. Welche Bedeutung haben diese Wahlen heute?

Mit der Gründung der AK im Jahr 1920 war ein ganz elementarer Fortschritt verbunden: Seither gibt es einen Wissensapparat, der ganz eindeutig auf Seiten der Beschäftigten steht. Das hat allerdings natürlich auch mit den Mehrheitsverhältnissen in der Selbstverwaltung zu tun. Wenn Fraktionen an Einfluss gewinnen, die die AK schwächen wollen, indem sie etwa fordern die Pflichtmitgliedschaft aufzuheben, die Umlage zu senken oder bestimmte Tätigkeitsbereiche einzustellen – dann hätte das natürlich gravierende Auswirkungen auf die Tätigkeit der AK als solche.



Der Historiker Florian Wenninger leitet das Institut für Historische Sozialforschung in Wien.

Die jetzt anstehenden „Transformationsprozesse“ hin zu einer sozial-ökologischen Gesellschaft sind mit einer auf Profite und Wachstum ausgerichteten Wirtschaftsweise kaum durchführbar. Im Rahmen von Demokratie und Rechtsstaat könnte viel mehr möglich sein, als letztlich nur Industrieinteressen zu bedienen. Wie kann das gelingen? Als er ein alter Mann war, gelangte Friedrich Engels, in seiner Jugend Barrikadenkämpfer und glühender Revolutionär, zu einer interessanten Einsicht: Auch schrittweise Verbesserungen können letztlich revolutionäre Auswirkungen haben! Das ist, wie man in Amerika sagt, eine uphill-battle. Aber die Alternative wäre, das Feld zu räumen. Bei Lichte betrachtet ist das auch keine Option. □

Das neoliberale Korsett der europäischen Klimapolitik

Die Europäische Union hat mit dem Grünen Deal einen ernsthaften Schritt im Kampf gegen den Klimawandel gesetzt. Doch innerhalb der aktuellen wirtschaftspolitischen Architektur der EU kann die hunderte Milliarden Euro umfassende Investitionslücke für Klimapolitik nicht geschlossen werden. Von ETIENNE SCHNEIDER



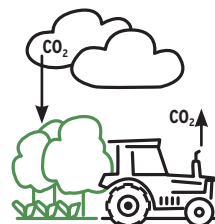
Etienne Schneider
ist Politikwissenschaftler
am Institut für Inter-
nationale Entwicklung der
Universität Wien.

© Klaus Vyhnaček

Die EU hat sich vergleichsweise ehrgeizige Klimaziele gesteckt, um die Erderhitzung auf 1,5 oder zumindest deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen, wie es das Pariser Klimaabkommen festlegt. Im Jahr 2019 hat die Europäische Kommission mit dem Europäischen Grünen Deal das Ziel formuliert, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Als Zwischenziel wurde 2021 im europäischen Klimagesetz eine Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen bis 2030 um - 55 Prozent gegenüber 1990 festgelegt. Mit dem dazugehörigen Fit for 55-Paket hat die Kommission ein umfangreiches Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, um dieses Etappenziel zu erreichen: Dazu zählt unter anderem eine Reform des europäischen Emissionshandels, der in den 2010er Jahren aufgrund äußerst niedriger Preise für Emissionszertifikate und kostenloser Zuteilungen weitgehend zahnlos blieb.

Die EU als Musterschüler im Kampf gegen den Klimawandel?

Seither haben die Preise deutlich angezogen. Zusätzlich wurde ein zweiter, separater Emissionshandel für die bislang nicht abgedeckten Bereiche



Um 310 Megatonnen CO₂

mehr sollen bis 2030 der Atmosphäre durch Landnutzung **entzogen**, als durch die Landwirtschaft zugeführt werden.

Gebäude und Verkehr geschaffen. In den nicht vom Emissionshandel erfassten Sektoren müssen die Mitgliedstaaten ihre klimapolitischen Anstrengungen im Rahmen der so genannten Lastenverteilungsverordnung deutlich verstärken. Ländern, die diese Ziele nicht erreichen, drohen empfindliche Strafzahlungen in Milliardenhöhe – so auch Österreich. Darüber hinaus sieht das Gesetzespaket eine Reihe sektorspezifischer Maßnahmen vor – etwa zur Verringerung von Methanemissionen im Energiesektor, zur Förderung nachhaltiger Flugtreibstoffe, zur Dekarbonisierung des Seeverkehrs oder zur Förderung erneuerbarer Energieträger und der Energieeffizienz. Der Landnutzungssektor in der EU soll bis 2030 sogar jährlich um 310 MtCO₂e mehr Treibhausgase der Atmosphäre entziehen als

Eine „goldene Regel“ fehlt, durch die dringend erforderliche, öffentliche Klimainvestitionen von den Fiskalregeln ausgenommen wären.



Bei der glänzenden Euro-Skulptur in der Bankenmetropole Frankfurt am Main wird offensichtlich die bekannte Einheit des europäischen Sternenkreises durcheinandergewirbelt. Wie sehr Finanzinteressen die europäische Politik bestimmen, wird damit treffend symbolisiert.

in diese entlassen – das entspricht ungefähr dem Viereinhalbfachen der gesamten Treibhausgasemissionen Österreichs.

Mit diesen Zielen und Maßnahmen inszeniert sich die EU gerne als klimapolitischer Musterschüler. Dabei ist die Lage alles andere als rosig. Nicht nur droht bei den anstehenden EU-Wahlen ein massiver Stimmenzuwachs für rechtspopulistische Parteien und damit ein offener Angriff auf die erreichten Schritte – ein klimapolitisches Backsliding, das sich hierzulande zunehmend auch die konservative Kräfte zu eigen macht. Auch die nach wie vor stark neoliberal geprägte wirtschaftspolitische Architektur der EU steht einem demokratischen, sozialen und ökologischen Umbau in mehrfacher Hinsicht entgegen.

Wirtschaftspolitische Hindernisse für den sozial-ökologischen Umbau

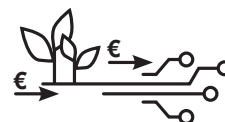
Erstens beschränken die EU-Fiskalregeln den Budgetspielraum der Mitgliedsstaaten für dringend nötige zusätzliche öffentliche Investitionen – etwa in die Bahn, den öffentlichen Nahverkehr oder die thermische Gebäudesanierung. Wurden

die EU-Fiskalregeln im Zuge der Eurokrise sukzessive verschärft, sehen die aktuellen Reformvorschläge für den sogenannten Stabilitäts- und Wachstumspakts zwar etwas mehr Flexibilität vor (indem die Mitgliedsländer individuelle Schuldenabbaupfade mit der Kommission verhandeln), eine „goldene Regel“, durch die dringend erforderliche, öffentliche Klimainvestitionen von den Fiskalregeln ausgenommen wären, fehlt aber weiterhin. Die geschätzte jährliche Investitionslücke in dreistelliger Milliardenhöhe zur Erreichung der Ziele des Europäischen Grünen Deals wird sich so nicht schließen lassen.

Zweitens hat sich die EU während der Pandemie mit dem Wiederaufbaufonds NextGenerationEU erstmals zu einer gemeinsamen Verschuldung in großem Umfang durchgerungen, diese aber leider zeitlich begrenzt. Die so ermöglichten Zuschüsse an die Mitgliedsländer in Höhe von rund 340 Mrd. Euro fließen überwiegend in öffentliche Investition für Klimaschutz und Digitalisierung. Auf Drängen von Ländern wie Deutschland aber auch Österreich soll dies jedoch ein einmaliger Schritt bleiben – die Idee etwa, dem Inflation Reduction ▷

Kurzgefasst

Für einen wirksamen sozial-ökologischen Umbau, der auch in der Bevölkerung entsprechende Unterstützung findet, muss die wirtschaftspolitische Architektur der EU grundlegend geändert werden. Nur so können die notwendigen Klimainvestitionen finanziert werden. Wenn der europäische Steuer- und Sparkurs weiterhin öffentliche Investitionen blockiert, werden dadurch – wie bei den nächsten EU-Wahlen zu befürchten – vor allem rechte Parteien profitieren.



340 Mrd. Euro

aus dem EU-Krisenfonds NextGenerationEU
fließen überwiegend in öffentliche
Investition für Klimaschutz und Digitalisierung.

Act der Biden-Regierung in den USA einen europäischen Souveränitätsfonds mit ähnlicher industriepolitischer Schlagkraft für den ökologischen Umbau entgegenzusetzen, wurde vom deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz prompt eine Absage erteilt. Auch die europäischen Verträge setzen einer Ausweitung der gemeinsamen Verschuldung enge Grenzen. Während also der EU selbst die Eigenmittel für Investitionen in den sozialen und ökologischen Umbau fehlen, schränkt sie zugleich die Budgetspielraum der Mitgliedsländer empfindlich ein.

Drittens haben sich die Euroländer mit der Architektur der Währungsunion noch ein zusätzliches fiskalpolitisches Korsett angelegt. Bei der Gründung der Währungsunion haben sie – insbesondere durch deutschen Druck – den folgenreichen Beschluss gefasst, dass die Europäische Zentralbank nicht als Kreditgeber letzter Instanz gegenüber den Staaten der Eurozone auftreten darf („Verbot monetärer Staatsfinanzierung“). Anders als die Staatsanleihen etwa der USA, Japans oder Großbritanniens haben die Staatsanleihen der Euroländer deshalb ein besonderes Ausfallrisiko. Die Finanzarchitektur der Währungsunion führt damit systematisch zu Zinsaufschlägen und unnötig hohen Kosten für Kredite und die damit finanzierten Investitionen.

Steuerwettbewerb und Beihilfenregeln als Hemmschuh

Nun ließe sich einwenden, dass Investitionen in den sozialen und ökologischen Umbau auch einnahmeseitig, also durch Steuererhöhungen finanziert werden könnten – und angesichts der extremen Vermögensungleichheit in Österreich und der EU auch sollten. Aber auch für solche

Wird Klimapolitik mit Austerität kombiniert, entsteht ein toxischer, politischer Mix, der am Ende nur die rechtspopulistische Kräfte stärkt.

Ansätze schafft die wirtschaftspolitische Architektur der EU ungünstige Ausgangsbedingungen: Das Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen macht es nahezu unmöglich, wirksame europäische Mindeststeuersätze gegen Steuerdumping in der EU zu beschließen. Dies gilt insbesondere dann, wenn das Wirtschaftsmodell einiger Länder wie Irland

darauf beruht, Konzernen möglichst paradiesische Steuerbedingungen zu bieten. Mindestens ebenso schwierig ist es, die wirtschaftspolitische Architektur der EU als Ganze zu reformieren, da zentrale Prinzipien, wie die engen Grenzen für gemeinsame Verschuldung, das Verbot der monetären Staatsfinanzierung oder das Einstimmigkeitserfordernis bei Steuerfragen im EU-Primärrecht verankert sind – und damit selbst wiederum nur einstimmig geändert werden können.

Aber es gibt auch politische Dynamik. Neben der fiskalpolitischen Architektur galt lange Zeit das Wettbewerbs- und Beihilfenrecht der EU als wesentlicher Hemmschuh für den sozialen und ökologischen Umbau. Indem es Beihilfen in vielen Bereichen verboten und in den wenigen Ausnahmefällen hohen Begründungshürden unterworfen hat, waren die Mitgliedstaaten nicht nur fiskalpolitisch, sondern auch industriepolitisch in ihrer Gestaltungsfähigkeit beschränkt. In den letzten Jahren hat die Kommission hier allerdings deutlich ihren Kurs verändert. Im Rahmen sogenannter „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI) hat sie umfangreiche industriepolitische Förderungen in den Bereichen Wasserstoff sowie Batteriezellen- und Halbleiterfertigung gewährt. Auch die Ausnahmeregeln für die Förderungen von Technologien, denen die Kommission eine strategische Bedeutung für die Erreichung der Klimaziele beimisst, wurden sukzessive ausgeweitet.

Trotz gewisser Lichtblicke lauern Gefahren

Das eröffnet Spielräume für die öffentliche Gestaltung des sozialen und ökologischen Umbaus, die in der Hochphase des Neoliberalismus undenkbar gewesen wären. Dennoch besteht kein Anlass zur Euphorie. Durch die Aushöhlung des Beihilfenrechts bieten sich neue Gelegenheiten für Konzern- und Lobbyinteresse, große Summen öffentlicher Gelder im Rahmen weitgehend undurchsichtiger Verfahren abzugreifen. Das neoliberale Mantra, Investitionsentscheidungen seien am besten „dem

Die Forderungen der AK

Demokratie auf allen Ebenen stärken

Damit der soziale und ökologische Umbau gelingen kann, ist eine Demokratisierung der Wirtschaft notwendig. Was alle betrifft, muss von allen entschieden werden.

Markt“ zu überlassen, hat diese Gefahr noch verstärkt: Da sowohl auf EU-Ebene, als auch in den Mitgliedsstaaten, öffentliche industriepolitische Expertise über Produktionsverfahren in einzelnen Branchen verloren ging, ist die Abhängigkeit von privatwirtschaftlichem Know-how enorm.

Solche industriepolitischen Kapazitäten wieder aufzubauen und mit demokratischen Elementen anzureichern, sollte oberste politische Priorität haben – nicht zuletzt, weil der sozial-ökologische Umbau auch eine Frage kritischer industriepolitischer Technologieentscheidungen ist. Es geht darum, bestimmte Pfade einzuschlagen und andere nicht zu beschreiten. Die aktuellen Auseinandersetzungen um den Net-Zero Industry Act der EU zeigen die damit verbundenen Gefahren besonders deutlich: Kann die Atomenergie als ‚Netto-Null-Technologie‘ ihr Comeback feiern (Siehe „Kontroverse“ S. 34)? Ermöglichen übersteigerte Erwartungen an die Entwicklung von Technologien zur Entnahme und Abscheidung von CO₂ aus der Atmosphäre den Öl- und Gaskonzernen ein weiteres „business as usual“?

In der EU-Klimapolitik steht in den kommenden Jahren viel auf dem Spiel: Industriepolitisch gilt es, den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern nicht weiter zu verschleppen und den Einsatz von Technologien zur Abscheidung von CO₂ konsequent auf so genannte „hard to abate“-Sektoren wie die Zementindustrie oder die Abfallwirtschaft zu beschränken, in denen CO₂-Ausstoß nicht vollständig vermieden werden kann. Fiskalpolitisch müssen endlich jene Investitionssummen mobilisiert werden, die der Dringlichkeit und menschheitsgeschichtlichen Dimension der Klimakrise entsprechen. Wird Klimapolitik dagegen mit Austerität kombiniert, entsteht ein toxischer, politischer Mix, der am Ende nur die rechtspopulistischen Kräfte weiter stärkt – und uns nicht nur klimapolitisch an den Abgrund führen würde. □

Das Einstimmigkeitsprinzip macht es nahezu unmöglich, wirksame europäische Mindeststeuersätze gegen Steuerdumping in der EU zu beschließen.

Den Umbau demokratisch gestalten: Politik lebt von der Mitwirkung. Die Maßnahmen des sozialen und ökologischen Umbaus sollten daher in breiten und partizipativen Diskussionsprozessen entwickelt und demokratisch entschieden werden. Dabei sollten innovative, sozial repräsentative und inklusive Formen von Partizipation angewandt werden, um der Bevölkerung effektive Möglichkeiten zur Mitwirkung zu geben.

Globale Verantwortung wahrnehmen: Entscheidungen die auf österreichischer Ebene beschlossen werden, beeinflussen die globale Politik. Würde Österreich beispielsweise ein konsequentes Lieferkettengesetz erlassen, könnten Menschenrechte und Umweltschutz in der ganzen Welt besser durchgesetzt werden.

Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung: Betriebsräte müssen mit zusätzlichen betrieblichen Mitbestimmungsrechten ausgestattet werden. Dazu bedarf es einer zukunftstauglichen Weiterentwicklung des Arbeitsverfassungsgesetzes, um die Mitbestimmung in Österreich gesetzlich zu verankern. Die wirtschaftlichen Mitwirkungsrechte der Betriebsräte bei schleichender Betriebs- und Organisationsänderung müssen ausgeweitet werden.

Wenn Betriebe ihre Produktion mit Hilfe öffentlicher Mittel umstellen, sollten sie gemeinsam mit dem Betriebsrat einen Transformationsplan erstellen.

Soziale Teilhabe fördern: Durch Anerkennung und Respekt soll auch die soziale Teilhabe gefördert werden. Denn positive demokratische Alltagserfahrungen sowie eine wertschätzende und inklusive Behandlung durch staatliche Institutionen erhöhen die Chance, sich an politischen Prozessen zu beteiligen. Rassismus und Diskriminierung müssen daher auf allen Ebenen bekämpft werden.

Vereinfachter Zugang zur Staatsbürger:innenschaft: Um Teilhabe zu ermöglichen, müssen die Hürden für den Erwerb der österreichischen Staatsbürger:innenschaft gesenkt werden. Dies gilt insbesondere für den Nachweis eines Mindesteinkommens, das viel zu hoch angesetzt und insbesondere für Arbeiter:innen kaum zu erreichen ist. Ein faires Recht auf die Staatsbürger:innenschaft braucht schnellere, einfachere und kostengünstigere Verfahren. Für in Österreich geborene Kinder soll es eine Sonderregelung geben, um ihnen den Erwerb der Staatsbürger:innenschaft zu erleichtern.

Menschen und Klima schützen statt Profite



Das Bündnis „Menschen und Klima schützen statt Profite“ geht in die nächste Phase. Mit Hilfe der AK wurde ein detaillierter Forderungskatalog zur Anpassung des Arbeitsrechts an die Folgen der Klimakrise ausgearbeitet. Dieser soll dem Nationalrat vorgelegt werden. Von MAX KNAPP und LUKAS OBERNDORFER

Kurzgefasst

Die drastische Zunahme von Hitzetagen erfordert eine schnelle Reform des Arbeitsrechts. Besonders auf Baustellen ist die Situation für die Beschäftigten schon jetzt katastrophal. Ein Bündnis aus Gewerkschaft, Arbeiterkammer und Klimabewegung kämpft deshalb für ein Recht auf Hitzefrei. Sollten Regierung und Arbeitgeber nicht einlenken, droht die Allianz mit Blockadeaktionen im Sommer.

Andreas Fischer ist Maurer und Schalungsbauer in Niederösterreich und arbeitet das ganze Jahr überwiegend im Freien. Vor allem in den immer heißer werdenden Sommermonaten spürt er eine deutliche Veränderung zu seiner Zeit als Lehrling: „An heißen Tagen war die Arbeitsbelastung für uns schon immer hoch. In den letzten Jahren merken wir aber eine deutliche Steigerung. Jetzt gibt es immer mehr Tage, an denen die Hitze bei der Arbeit ein echtes Problem für uns ist.“ Hohe Temperaturen verringern nicht nur die Leistungsfähigkeit, sondern stellen auch eine Gefahr für die Beschäftigten dar. Neben langfristigen Folgen, wie dem erhöhten Risiko für hellen Hautkrebs, drohen Bauarbeiter:innen Hitzschlag oder Sonnenstich und im schlimmsten Fall der Hitzetod.

Aufgrund der gefährlichen Hitzebelastung wurde bereits vor einiger Zeit eine Sonderregelung für den Bau geschaffen. Ab 32,5°C dürfen die Beschäftigten dort die Arbeit niederlegen – aller-

dings nur, wenn der Arbeitgeber zustimmt. Das Unternehmen von Andreas Fischer nutzt die Möglichkeit für Hitzefrei im Sommer regelmäßig und entlastet dadurch seine Arbeiter:innen. Leider stellt das österreichweit die Ausnahme dar. Die Zahlen der Gewerkschaft Bau-Holz belegen, dass 2023 nur jede:r Vierte am Bau tatsächlich Hitzefrei bekam. Und das, obwohl 2023 der heißeste Sommer seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen war. Die überwiegende Mehrheit der Arbeitgeber lässt ihre Beschäftigten auch bei unmenschlichen Temperaturen weiter schuften. Ein Skandal, wenn man bedenkt, dass den Arbeitgebern die Lohnkosten bei einem Dienstausschlag durch Hitzefrei von der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK) erstattet werden.

Die Klimabewegung sucht vermehrt den Schulterschluss mit der Arbeitnehmer:innenbewegung, um jenen zu helfen, die direkt von den Folgen der Klimakrise betroffen sind.



7 Gesetze und 5 Verordnungen

müssen reformiert werden,
um das Arbeitsrecht klimafit zu machen.

Es wächst zusammen, was zusammengehört

Auf die freiwillige Bereitschaft von Unternehmen bei der Gewährung von Hitzefrei kann nicht gezählt werden. Deshalb fordert die Gewerkschaft seit Jahren einen Rechtsanspruch. Passiert ist bislang nichts. Nun regt sich Widerstand. Auf der Akademie für sozialen und ökologischen Umbau, die letztes Jahr erstmals in der AK Wien stattfand und Klimaaktive, Gewerkschafter:innen und Wissenschaftler:innen zusammenbrachte, entstand die Idee gemeinsam den Druck zu erhöhen. Im letzten Hitzesommer formierte sich deshalb eine ungewöhnliche Allianz: Gewerkschaft Bau-Holz und die AK schlossen sich mit Klimaaktivist:innen von Fridays for Future und System Change not Climate Change zum Bündnis „Menschen und Klima schützen statt Profite“ zusammen. Gemeinsam setzen sie sich jetzt für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Baustellen ein.

Bei den Beschäftigten kommt das gut an: „Die Kollegen finden es gut, dass sich die Gewerkschaft dafür einsetzt. Bis auf wenige Ausnahmen nehmen die meisten bei uns die Hitzefrei-Regelung gerne in Anspruch“, erklärt Andreas Fischer. Für die Klimaaktiven ist die Allianz Teil ihrer neuen Strategie. Sie suchen vermehrt den Schlüsselschluss mit der Arbeitnehmer:innenbewegung, um jenen zu helfen, die direkt von den Folgen der Klimakrise betroffen sind. Das Bündnis will die arbeitsrechtlichen Ansprüche mit der Aussicht auf strukturelle Änderungen verknüpfen. Deshalb fordert es den Vorrang einer klimafreundlichen Infrastruktur gegenüber fossilen Bauprojekten, beispielsweise durch Investitionen in den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel. Schließlich ist klar, dass sich die Hitzebelastung für Beschäftigte am Bau in den nächsten Jahren erheblich verschlechtern wird. Ohne umfassende Klimaschutzmaßnahmen wird sich die Zahl der Hitzetage bis zum Ende des Jahrhunderts verdoppeln.

Hitzefrei ab 30°C für alle Beschäftigten

Die derzeitige Rechtslage bietet keinen Hitzeschutz für Arbeitnehmer:innen, die im Freien

arbeiten. Für Innenräume gibt es lediglich allgemeine Bestimmungen und eine Temperaturuntergrenze. Deshalb hat sich das Bündnis den Winter über zusammengesetzt und die nächsten Schritte geplant. Mit Hilfe der Arbeiterkammer konnten die arbeitsrechtlichen Forderungen detailliert ausformuliert und bei einer Pressekonferenz im Jänner vorgestellt werden. Dabei wurde die Forderung nach Hitzefrei auf alle Berufsgruppen ausgeweitet, die im Freien arbeiten. Für die Arbeit in Innenräumen soll es Temperaturobergrenzen geben. Die Umsetzung einer Hitzefrei-Regelung betrifft insgesamt sieben Gesetze und fünf Verordnungen, die reformiert werden müssen. Mit der präzisen Aufarbeitung der gesetzlich notwendigen Anpassungen hat das Bündnis bereits den Großteil der Arbeit für den Gesetzgeber geleistet. Deshalb soll noch im Frühjahr der Forderungskatalog dem Nationalrat vorgelegt werden. Hier wird sich zeigen, welche politischen Vertreter:innen für den Schutz der Beschäftigten eintreten. Sollte bis zum Sommer nichts passieren, hat das Bündnis bereits Aktionen auf Baustellen angekündigt.

Die Rolle der AK

Mit „Wir fahren Gemeinsam“ (siehe dazu das Interview mit Markus Petritsch auf Seite 9) ist mittlerweile ein weiteres Bündnis entstanden – diesmal zwischen der Gewerkschaft vda, der AK und Klimaaktiven. Ziel ist es, für bessere Arbeitsbedingungen im Bussektor zu kämpfen und deutlich zu machen, dass nur so die notwendige Mobilitätswende gelingen kann.

Mit diesen Bündnissen, der Akademie für sozialen und ökologischen Umbau, begleitenden Studien und Tagungen positioniert sich die AK als Raum für sozial-ökologische Bündnis- und Strategiefähigkeit.

Durch die Ausarbeitung von Forderungen, die unmittelbar umsetzbar sind (klimafittes Arbeitsrecht, öffentliche Investitionen in thermische und energetische Sanierung und bessere Arbeitsbedingungen für Verkehrsbeschäftigte) soll nicht nur die Politik erreicht werden. Vielmehr geht es auch darum, AK-Mitgliedern konkret zu helfen und klar aufzuzeigen, wie ein sozialer und ökologischer Umbau eingeleitet werden kann. □



Max Knapp
ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter in einem
Projekt zu sozial-ökologischen
Umbaukonflikten
der Uni Wien.

© privat



Lukas Oberndorfer
ist Leiter der Abteilung
Klima, Umwelt und
Verkehr in der AK Wien.

© Markus Zahradnik

**„Jetzt gibt es immer mehr
Tage, an denen die Hitze
bei der Arbeit ein echtes
Problem für uns ist.“**

**Andreas Fischer,
Maurer in Niederösterreich**

Mogelpackung Shrinkflation

Das tägliche Leben ist in den letzten Jahren immer teurer geworden, für manche zu teuer. Neben steigenden Preisen sind immer häufiger auch sinkende Packungsgrößen zu beobachten, das heißt, man erhält einfach weniger für sein Geld. Das stößt Konsument:innen sauer auf und sie rufen nach Transparenz. Von GABRIELE ZGUBIC-ENGLEDER und JOSEF KAUFMANN



Gabriele Zgubic-Engleder
ist Leiterin der
Abteilung
Konsumentenpolitik
der AK Wien.
© AW-Blog



Josef Kaufmann
ist Mitarbeiter der
Abteilung Marktforschung
der AK Steiermark.
© Markus Zahradnik

In den letzten Jahren war die Preissteigerung bzw. Inflation in aller Munde. Laut Statistik Austria lag sie im Jahr 2023 bei 7,8 %, nach 8,6 % 2022, und damit viermal höher als der EZB-Zielwert von 2 %. Im Lebensmittelbereich war sie noch höher. Sie betrug 2023 11 % und 10,7 % im Jahr 2022. Damit wird der tägliche Einkauf für viele Haushalte zu einer finanziellen Herausforderung, zumal auch die Kosten für Wohnen, Wasser und Energie mit 11,1 % überdurchschnittlich gestiegen sind. Für einkommensschwächere Haushalte, die ihr Geld vor allem für diese „lebensnotwendigen“ Güter ausgeben müssen, wird es dadurch eng. Besonders betroffen sind kinderreiche Familien und Alleinerzieher:innen. Sie können beim Kauf von Lebensmitteln und Hygiene- und Körperpflegeprodukten kaum gegensteuern, weil sie diese einfach benötigen. Weniger Inhalt in den Tuben, Bechern, Schachteln etc. bedeutet gleichzeitig, dass mehr Verpackungen gekauft werden müssen. Damit sind die Kund:innen doppelt betroffen, denn Shrinkflation führt somit auch zu mehr Verpackungsmüll, unter dem alle zu leiden haben.

Für die Berechnung der Teuerung verwendet die Statistik standardisierte, errechnete Warenkörbe, die in der Regel inhaltlich und mengenmäßig gleich zusammengesetzt sind. Im Handel sind die Verpackungsgrößen jedoch unterschiedlich, so dass in der täglichen Einkaufsrealität die Teuerung mitunter „versteckt“ auftreten kann, indem der Preis pro Packung zwar gleichbleibt, der Inhalt aber reduziert wird. Genau diese Vorgangsweise wird als Shrinkflation bezeichnet. Der Begriff setzt sich aus dem englischen „shrink“ (schrumpfen) und „inflation“ (Teuerung)

Mit „Shrinkflation“ werden Preiserhöhungen verschleiert. Gegen solche Tricks braucht es bessere Gesetze. Frankreich kann hier ein Vorbild sein.



30 % Luft

Mogelpackungen sollten strenger reguliert werden: So sollte im Maß- und Eichgesetz festgelegt werden, dass max. 30 % Luft in Verpackungen erlaubt sind.

zusammen. Er bezeichnet somit ursprünglich das Verkleinern des Inhalts bzw. des Gewichts eines Konsumgutes bei gleichbleibendem Preis, häufig kommt zur Füllmengenreduktion auch eine Preiserhöhung hinzu. Manchmal gibt es sogar Einsparungen bei der Rezeptur.

Beschwerden nehmen zu

Beispiele lassen sich sowohl im Lebensmittelbereich, als auch in anderen Warenbereichen finden und reichen von abgepackten Wildlachsfilets, Chips und Süßigkeiten über Wasch- und Körperpflegemittel bis hin zum Toilettenpapier. Seit 2022 ist das Phänomen verstärkt zu beobachten. Die von der Verbraucherzentrale Hamburg dazu erstellte Liste ist allein im ersten Halbjahr 2023 um 65 Beobachtungen angewachsen. Mittlerweile sind nicht nur wie früher überwiegend klassische Markenprodukte betroffen, sondern auch Discounter- und Biomarken (Stiftung Warentest/September 2023).

In Österreich häufen sich die Beschwerden beim Konsumentenschutz der Arbeiterkammer sowie beim Lebensmittelcheck des Vereins für Konsumenteninformation. So wurden bei Mozarttalern und -kugeln von Mirabell einfach ein Stück weni-



Verbraucher:innen müssen höllisch aufpassen, den Überblick bewahren und vor allem die Grundpreise vergleichen, daran führt kein Weg vorbei.

ger in die Packung gegeben. Auch der Kakao von Ovomaltine wurde von einst 1.000 g über 900 g auf 750 g verringert, was mit einer Preissteigerung von 23 bis 33 % einherging.

Frankreich als Vorreiter gegen versteckte Preiserhöhungen

Frankreich hat schon Maßnahmen gesetzt und der Europäischen Kommission eine Verordnung zur Notifizierung vorgelegt. Diese Regelung sieht eine verpflichtende Information für drei Monate vor, wenn Packungsgrößen bei gleichbleibenden oder ansteigenden Preisen verkleinert werden. Die Information muss auf der Packung sein, mit der Packung verbunden oder als deutlich erkennbarer Hinweis neben dem Produkt angebracht sein. Dieser französische Vorstoß sollte ein Modell für alle anderen Staaten sein und auch für Österreich.

Was kann gegen Shrinkflation getan werden?

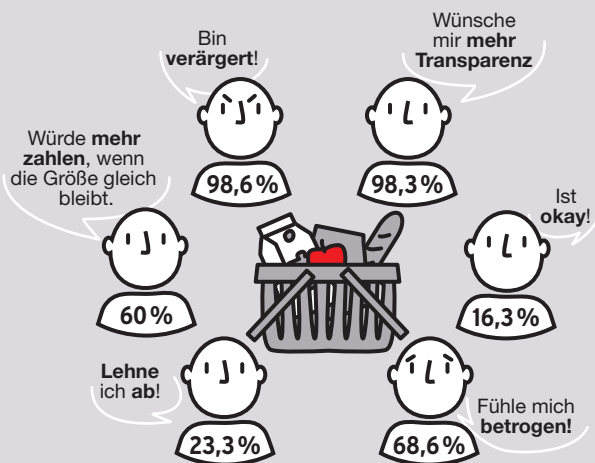
Vorweg: Weder reduzierte Verpackungsgrößen noch Produkte in unterschiedlichen Verpackungsgrößen sind rechtswidrig. Daher wäre es wichtig, wieder standardisierte Packungsgrößen festzulegen, wie dies bis vor ca. 15 Jahren der Fall war. Die versteckte Verringerung von Füllmengen wäre damit nicht mehr so einfach möglich. Solange es aber keine derartige Regelung gibt, bleibt nur, immer auf den Grundpreis (Preis pro Einheit z.B. 100g; 1 kg; 1 L) zu achten und Preise zu vergleichen. Leider sind die Grundpreise nicht immer gut lesbar, weil eine sehr kleine Schrift verwendet wird, wie eine Erhebung der AK im Sommer 2023 gezeigt hat. Daher ist eine einheitliche Regelung betreffend Schriftgröße des Grundpreises notwendig. Auch auf standardisierte Füllmengen kann nicht blind vertraut werden. Oft werden verschiedene Produktsorten mit unterschiedlichem Gewicht angeboten – z.B. eine etwa gleich große Tafel Schokolade mit 80g bei einer Sorte und mit 100g bei einer anderen oder mit 270g statt mit 300g. Bei häufig gekauften Waren kann man sich die Preise und die Inhaltsmengen merken. Am besten ist es jedoch sich die Preise zu notieren, da die Erinnerung oft trügt.

Konsumentinnen und Konsumenten sollten Shrinkflation oder Mogelpackungen beim Lebensmittelcheck des VKI melden. ☐

Kurzgefasst

Die Teuerung bringt ein Phänomen zutage, das bisher ein Nischendasein führte: die „Shrinkflation“. Dabei handelt es sich um versteckte Preiserhöhungen, bei denen in weitgehend unveränderter Packungsgröße weniger Inhalt verkauft wird – oft zum gleichen Preis oder sogar etwas teurer. Das ist zwar nicht verboten, aber sehr fragwürdig. Beim täglichen Einkauf fällt der geschrumpfte Inhalt kaum auf.

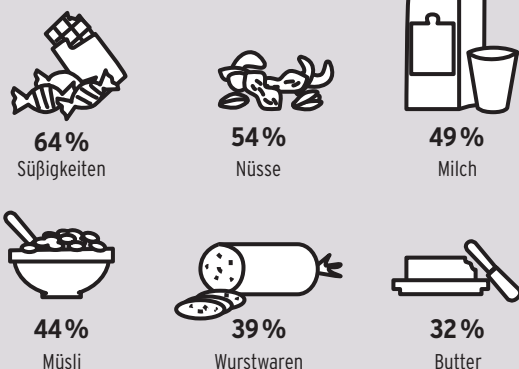
Was merken Konsument:innen und „schmeckt“ ihnen diese Praxis?



94%

der Konsument:innen haben Shrinkflation bemerkt

Wo wurde Shrinkflation bemerkt?



Quelle: Verein für Konsumenteninformation / Konsument 12/2023

Hier geht's zum VKI-Lebensmittel-Check: <https://konsument.at/lmc-meldeformular>





Widerstandsfähige Wasserversorgung in der Klimakrise

Die Bilder von ausgetrockneten Flussbetten, Seen und staubtrockenen Feldern häufen sich. Gleichzeitig gibt es immer öfter Starkregen und Überschwemmungen. Wenn das „blaue Gold“ aufgrund der Klimakrise knapper wird, stellt sich die Frage: Wie wird es verteilt? Regionale, nationale und europäische Lösungen sind gefragt. Von IRIS STRUTZMANN

Für die Menschen der Stadt Barcelona hält dieser Winter eine Überraschung parat. Bereits im Februar wurden sie zum Wassersparen aufgefordert. Maximal 200 Liter Wasser pro Tag und Kopf durften die Einwohner:innen nur mehr verbrauchen. Der Grund: Die Niederschläge, die im Winter zu erwarten waren, blieben für die Region leider aus. Von Wintern mit wenig Niederschlag – der sogenannten Winterdürre – war auch das wasserreiche Österreich in den vergangenen Jahren mehrmals betroffen. Bilder von ausgetrockneten Seen (Zicksee, Anemonensee) oder dem niedrigen Wasserstand des Neusiedlersees füllten bereits viele Reportagen, die über die negativen Auswirkungen für Mensch, Natur und Wirtschaft berichteten. Was also tun gegen den Wasserstress?

Europäische und nationale Lösungen gegen Wasserstress gefordert

Berechnungen des Umweltbundesamtes zeigen, dass sich Österreichs Grundwasserressourcen bis zum Jahr 2050 um 23 Prozent, von 5,1 Mrd. m³ auf 3,9 Mrd. m³, reduzieren könnten, wobei gleichzeitig mehr Wasser benötigt wird, vor allem für die Landwirtschaft, wenn sie so wirtschaftet wie bisher. Aktuelle Studien der Europäischen Umweltagentur (EEA) belegen zudem, dass bereits ein Drittel der Europäer:innen unter Wasserstress leidet. Wenn Wasser knapp wird, steht die Wasserwirtschaft, wie die gesamte Wirtschaft vor großen Herausforderungen. Gleichzeitig aber auch, wenn es kurzfristig durch Starkregen zu viel davon gibt. Um Wasserkonflikten und Überschwemmungen vorzubeugen, ist eine mittel- bis langfristige Planung notwendig, die klimatische und regionale Besonderheiten berücksichtigt.

Der europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) fordert deshalb eine europäische

Wasserstrategie. Ähnlich dem Europäischen Green Deal soll es einen „EU Blue Deal“ geben, um einen fairen und sorgsamen Umgang mit dem Lebenselixier Wasser in den Mittelpunkt zu stellen. Der EWSA weist darauf hin, dass es auf europäischer Ebene bislang nur vereinzelte Instrumente zur Bewältigung der Wasserherausforderungen gibt. Um die Wasserkrise in den Griff zu bekommen, ist ein Paradigmenwechsel notwendig. Wasser muss jetzt Priorität haben und die für Wasser zuständigen Stellen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene müssen eine Führungsrolle übernehmen. Dabei sollte die EU mit der gleichen Entschlossenheit vorgehen wie beim Green Deal zur Bekämpfung der Klimakrise. Ein eigener Kommissar für Wasserfragen sollte eingesetzt werden. Ein „Fonds für einen blauen Übergang“ als zentrale europäische Anlaufstelle für wasserbezogene Initiativen ist einzurichten, um wassereffiziente Technologien, Arbeitsplätze und Kompetenzen sowie den Abbau von Ungleichheiten beim Zugang zu Wasser zu finanzieren. Projekte, die den Wasserverbrauch senken und die Wiederverwendung von Wasser fördern, sollten besonders unterstützt werden.

Wasser gehört in das Eigentum der öffentlichen Hand

Der Zugang zu bezahlbarer und qualitativ hochwertiger Wasser- und Sanitärversorgung ist seit 2010 ein von der Generalversammlung der Vereinten Nationen anerkanntes Menschenrecht. Wenn Wasser knapp wird, steigt das Interesse privater Unternehmen und Wasser droht zum Spekulationsobjekt zu werden. In Kalifornien werden seit einigen Jahren Wasserrechte an der Börse gehandelt. Diese Art der Kommerzialisierung ist nicht im Sinne der Menschen, die auf Wasser angewiesen sind. Die Praktiken von zum Teil international agierenden Privatunternehmen, die mit dem „blauen Gold“ Profite erwirtschaften, sind daher abzulehnen. Vielmehr muss der Gemeinwohlgedanke gestärkt werden, indem Wasser in öffentlicher Hand bleibt. Nur so können die zukünftigen Herausforderungen der Wasserwirtschaft gut bewältigt und die Wasserversorgung für die nächste Generation gesichert werden. ▷



Iris Strutzmann
ist Mitarbeiterin der
Abteilung Klima, Umwelt
und Verkehr der AK.

© Lisi Specht

Die Klimakrise ist gekommen, um zu bleiben – vorausschauende Planung beim Lebenselixier Wasser ist notwendig, um Nutzungskonflikten vorzubeugen.



1,8 Mio. Unterschriften

gegen Liberalisierung und Privatisierung von Wasser sammelte die Initiative „Menschenrecht auf Wasser“.

Kurzgefasst

Ohne Wasser kein Leben. Mit der Klimakrise wird diese kostbare Ressource immer knapper. Mensch, Natur, Landwirtschaft, Energieversorgung und Industrie sind gleichermaßen auf sie angewiesen. Deshalb braucht es in Anlehnung an den „Europäischen Green Deal“ einen „Blue Deal“ in der EU, um einen guten und sorgsamen Umgang mit dem „blauen Gold“ für Mensch, Wirtschaft und Natur zu gewährleisten.

Die Wasserversorgung ist für die Menschen lebensnotwendig und Teil der kritischen Infrastruktur. In Zeiten drohender Wasserliberalisierung haben sich Gewerkschaften und Arbeiterkammer gemeinsam mit einer Koalition sozialer Bewegungen mit ihrer Initiative „Menschenrecht auf Wasser“ erfolgreich dafür eingesetzt, dass Wasser als öffentliches Gut und nicht als Ware anerkannt wird. Die negativen Erfahrungen mit der Privatisierung (höhere Wasserpreise, geringe Investitionen in die Infrastruktur etc.) haben in vielen Städten Frankreichs, Spaniens oder Deutschlands zur Rekommunalisierung der Wasserversorgung geführt. Gerade in Krisenzeiten ist es notwendig, eine klimaresiliente öffentliche Wasserversorgung sicherzustellen, die Gemeinwohlinteressen vor betriebswirtschaftliche Interessen stellt und damit die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt. Die Auswirkungen der Klimakrise unterstreichen die Notwendigkeit, Wasserknappheit zu bekämpfen und das anerkannte Menschenrecht auf Wasser in allen Ländern umzusetzen.

Wasserstress und Nutzungskonflikte vermeiden

Wasserknappheit wird aufgrund der Klimakrise zunehmen. Landwirtschaft und wasserintensive Industrien sind die größten Wasserverbraucher. Hohe Wasserverluste entstehen auch durch Leckagen im Leitungsnetz, die in manchen EU-Ländern über 20 Prozent betragen. Mit neuen Technologien und wasserschonenden Praktiken (z. B. Tröpfchenbewässerung, Anbau von wassersparenden Kulturen, Stärkung der Kreislaufwirtschaft etc.) kann die Wassernutzung verbessert werden. Dafür sind Investitionen, Forschung und Innovation notwendig. Vorausschauende Planung, bessere Datenlage, der Austausch mit Wassernutzer:innen in Form von Wasserräten sowie eine gute politische Abstimmung können Nutzungskonflikten um die kostbare Ressource Wasser vorbeugen. Bereits vor einer Wasserkrise sollte klar sein, wer wann wie viel Wasser nutzen darf. In Frankreich und Österreich wurde dazu ein Trinkwassersicherungsplan erarbeitet. Während in Frankreich die Wassersparvorgaben klar formuliert wurden, fehlen diese noch in Österreichs Plan. Auch

Zum Schutz des Wassers vor Verunreinigungen aller Art sollte das Verursacherprinzip in der EU-Gesetzgebung gestärkt werden.

die Frage der Folgewirkungen wurden bisher ausgespart: Welche Folgen hat es, wenn eine Fabrik

**100 Prozent des Wassers**

in der EU sollen bis 2027 **in gutem ökologischen Zustand** sein. Aktuell sind es 40 Prozent.

aufgrund von Wassermangel schließen muss oder in der Landwirtschaft nicht mehr genug Wasser für die Bewässerung da ist? Hier sind gute Lösungen gefragt, um Wasserstress vorzubeugen. Ein Wandel in der Landwirtschaft hin zu Pflanzen, die weniger Wasser brauchen, hin zu Mischkulturen und weniger Fleischkonsum wird wohl auch notwendig sein.

Investitionen in die Wasserinfrastruktur und Speicherkapazitäten sowie vorausschauende Planung können hier Abhilfe schaffen. Dazu ist ein breites Maßnahmenspektrum nötig, das von der Regenwassersammlung in Zisternen über den Bau von Speicherbecken und Ringleitungen bis zur Reduktion der Bodenversiegelung zur Erhöhung der Speicherfähigkeit der Böden reicht. Bei Hochwasserereignissen an Fließgewässern muss versucht werden, das überschüssige Wasser in Rückhaltebecken zu lenken und dort zu speichern.

Sollte es dennoch zu Konflikten um Wasser kommen, muss die Versorgung mit Trinkwasser Vorrang vor allen anderen Nutzungen haben. Studien zeigen, dass Menschen mit höherem Einkommen durch ihren Lebensstil ein Vielfaches an Wasser verbrauchen und damit die Wasserkrisen verschärfen. Dies wirft die Frage nach Einschränkungen für bestimmte Nutzungsarten auf (Pools, Beschneigungsanlagen, Bewässerung von Golfplätzen). Es ist an der Zeit, sich darüber zu verständigen, wie die Gesellschaft die wichtigste natürliche Ressource des Lebens gemeinsam nutzen soll. Für diese Diskussion sollte ein Rahmen auf regionaler, nationaler wie auch europäischer Ebene geschaffen werden.

Ökologie stärken

Nicht nur der Mensch, sondern auch die Natur braucht Wasser. Im Kampf ums Wasser haben Flora und Fauna oft keine Stimme. Dabei sind die komplexen Systeme eng miteinander verknüpft. So hängt die Qualität des Wassers unmittelbar von den verfügbaren Wassermengen ab. Sinkt der Grundwasserspiegel, steigt die Konzentration von

Wasser ist keine Ware, sondern ein öffentliches Gut. Allen Liberalisierungen oder Privatisierungen ist entschieden entgegenzutreten.

Schadstoffen. Daher sollte zum Schutz der Wasserressourcen vor Verunreinigungen jeglicher Art das Verursacherprinzip in der allgemeinen EU-Gesetzgebung stärker angewendet werden. Steigen die Temperaturen von Grundwasser, Flüssen und Seen wirkt sich dies auch auf die Wasserqualität aus. Wasser braucht Platz um bei (Stark-)Regen besser abfließen zu können. Daher ist der Rückbau von Flüssen, die Wiederherstellung von Mooren und allgemein weniger Versiegelung von Böden wichtig, damit sie mehr Wasser aufnehmen und bei Überschwemmungen als Retentionsfläche dienen können. Dabei ist es wichtig, alle Akteur:innen an einen Tisch zu bringen, um gemeinsam gute Lösungen zu erarbeiten.

Entschlossen gegen die Klimakrise vorgehen und Wasserversorgung stärken

Wasser ist die Grundlage unseres Lebens. In Zukunft müssen wir noch sorgsamer mit dieser lebenswichtigen Ressource umgehen. Eine europäische Wasserstrategie, der „EU Blue Deal“, ist notwendig, der das Menschenrecht auf Wasser, die gerechte Verteilung von Wasser, die Verbesserung der Wasserinfrastruktur und die Stärkung von Forschung und Innovation in den Mittelpunkt stellt. Ein „EU Blue Deal“ muss daher eine goldene Regel für Investitionen beinhalten, einen Fokus auf die Bekämpfung von Wasserarmut legen und die Ausnahme aus der Konzessionsrichtlinie (der Vergabe öffentlicher Aufträge) für Wasser respektieren und verteidigen. Angesichts der Klimakrise und der damit verbundenen Verknappung der Wasserressourcen sind alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die zu weniger Wasserverlusten und einer gerechten Verteilung der Wasserressourcen führen. Dazu sind die rechtlichen und finanziellen Spielräume für Städte und Gemeinden zu erweitern, damit sie die erforderlichen Investitionen in die Infrastruktur tätigen können. Schließlich ist entschlossenes Handeln beim Klimaschutz entscheidend. Nur so kann die Wasserversorgung geschützt und unsere Lebensgrundlage erhalten werden. Dank des ungewöhnlich vielen Regens der letzten Monate kann Österreich hinsichtlich der verfügbaren Wassermenge derzeit etwas aufatmen: Der Grundwasserspiegel ist wieder angestiegen. Zeit also, um gemeinsam Lösungen zu finden. □



© getty images - Epe | Unsplash

48 Millionen Menschen in Europa haben in ihren Wohnungen oder Häusern keinen Zugang zu Leitungswasser.

AK-Standpunkt

Wasser betrifft uns alle

Die wasserintensive **Industrie und Landwirtschaft müssen ihren Wasserverbrauch reduzieren** und die Wiederverwendung von Wasser verbessern. Bei Nutzungskonflikten ist der Trinkwasserversorgung in jedem Fall entschädigungslos Vorrang vor allen anderen Nutzungen einzuräumen.

Der Schutz und die **Wiederherstellung von Ökosystemen** sind wichtig.

Die **Wasserversorgung in öffentlicher Hand** bietet aufgrund ihres Gemeinwohlcharakters die besten Voraussetzungen, um die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen und die Wasserversorgung für die kommenden Generationen zu sichern. Eine Stärkung der öffentlichen Hand auf europäischer Ebene ist daher dringend geboten.

Keine Liberalisierung oder Privatisierung von Diensten der Daseinsvorsorge, insbesondere nicht im Wasserbereich.

Ausreichende Finanzierung der Wasserversorgung, um die Versorgungssicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten. Die strengen EU-Budgetregeln sind für notwendige Investitionen in die Wasserinfrastruktur außer Kraft zu setzen.



Die Transformation kann nur sozial gelingen

Um die unabdingbare Transformation unserer Wirtschaft hin zur Klimaneutralität erfolgreich umzusetzen, braucht es öffentlichen Rückhalt. In unserer jüngst veröffentlichten Studie haben wir uns deshalb mit den Ängsten, Erwartungen und Wahrnehmungen von Beschäftigten hinsichtlich der Transformation beschäftigt.

Von FELIX SCHULZ und VERA TRAPPMANN

Kurzgefasst

Die Studie „Erwartungen von Beschäftigten an die sozial-ökologische Transformation“ belegt, dass Beschäftigte sehr besorgt über die Folgen des Klimawandels sind. Neben den ökologischen Auswirkungen befürchten sie, dass die notwendigen Maßnahmen der Politik nicht sozial ausgewogen sein werden. Die Transformation muss ökologisch und sozial sein. Gewerkschaften können hier eine entscheidende Rolle spielen.

Dass etwas gegen die unmittelbare Bedrohung durch den Klimawandel getan werden muss, steht politisch – außer bei Parteien im ganz rechten Spektrum – nicht mehr zur Diskussion. Die hitzig geführten gesellschaftlichen Debatten belegen jedoch, wie sehr Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele die Gemüter spalten. Wie sehen Beschäftigte, die von der Transformation in ihrer Arbeit unmittelbar betroffen sind, den Klimawandel und die sozial-ökologische Transformation? Was sind ihre Erwartungen und Hoffnungen, aber auch Ängste hinsichtlich des Wandels hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft? Und welche Rolle spielt Gewerkschaftsmitgliedschaft für die Wahrnehmung?

Unsere im Oktober 2023 von der Hans-Böckler-Stiftung publizierte Studie „Erwartungen von Beschäftigten an die sozial-ökologische Transformation“ widmet sich diesen Aspekten. Antworten auf diese Fragen sind wichtig. Nur wenn wir die Erwartungen und

Ängste derjenigen, die direkt betroffen sind, ernst nehmen und miteinbeziehen, wird es die nötige Akzeptanz geben. Falls diese demokratischen und sozialen Dimensionen jedoch nicht genügend Berücksichtigung finden, besteht die Gefahr, dass die sozial-ökologische Transformation scheitert.

Klimabewusstsein unter Beschäftigten in Deutschland

Ein Bewusstsein für den Klimawandel ist unter einer Mehrheit der befragten Beschäftigten ausgeprägt. Mehr als die Hälfte (57%) meint, dass größere Auswirkungen des Klimawandels bereits jetzt in Deutschland zu spüren sind und ein weiteres Fünftel, dass dies bis 2030 der Fall sein wird. Diese Empfindung spiegelt sich auch in der Wahrnehmung der Dringlichkeit von Klimamaßnahmen. Mehr als zwei Drittel der Befragten gibt an, dass wir mit einem großen Maß an Dringlichkeit oder mit äußerster Dringlichkeit handeln müssen. Somit steht die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland hinter den Klimazielen der Bundesregierung.

Der Kampf gegen den Klimawandel wird eher als ein strukturelles und weniger als ein individuelles Problem gesehen.



der befragten Beschäftigten meinen, dass größere Auswirkungen des Klimawandels bereits jetzt in Deutschland zu spüren sind.

Neben diesen kognitiven Einschätzungen zum Klimawandel spielen auch emotionale Aspekte eine wichtige Rolle. Knapp drei Viertel zeigen sich ziemlich oder sehr besorgt mit Blick auf den Klimawandel. Gleichzeitig spürt weniger als die Hälfte (43 %) Hoffnung. Sich zu sorgen, ist nicht per se schlecht und kann zu Engagement führen. Dennoch, wenn weniger als die Hälfte der Befragten Hoffnung verspürt, sollte die Politik überdenken, was in der Klimapolitik und deren Wahrnehmung falsch läuft.

Die Befragten sehen den Kampf gegen den Klimawandel eindeutig als Aufgabe der Politik. Vier von Zehn (39 %) geben an, dass die Bundesregierung die größte Verantwortung trägt, gefolgt von Unternehmen mit 25 %, während nur 16 % Einzelpersonen die führende Verantwortung zuschreiben. Somit wird der Kampf gegen den Klimawandel eher als ein strukturelles und weniger als ein individuelles Problem gesehen, das es durch öffentliche Investitionen, Besteuerung und Regulierung seitens der Politik und durch Investitionen in nachhaltige Produktionsprozesse, Produkte und Dienstleistungen seitens der Unternehmen zu lösen gilt.

Transformation wird als ökologisch, aber unsozial wahrgenommen

Jeweils eine Zweidrittelmehrheit assoziiert mit einem Wandel zu einer „grünen“ Wirtschaft verbesserte Luft-, Boden- und Wasserqualität und sechs von zehn assoziieren mit dem Wandel mehr Wohlbefinden. Jedoch erwarten ebenfalls zwei Drittel, dass diese Transformation zu höheren Lebenshaltungskosten führen wird und jeweils die Hälfte, dass der Lebensstandard sinken und Armut und Ungleichheit zunehmen werden. Somit ist die Sorge vor dem Klimawandel wahrscheinlich auch mit diesen erwarteten negativen sozialen Auswirkungen verbunden.

Beschäftigte erhoffen sich also verbesserte gesundheitliche und ökologische Entwicklungen, aber befürchten negative soziale und ökonomische Folgen. Dieser Befund untermauert, dass wir Klimapolitik sozial denken müssen. Das politische Silodenken, das Klima-, Sozial- und Arbeitsmarkt-

politik isoliert betrachtet, geht nicht auf. Jede klimapolitische Maßnahme hat wirtschaftliche und soziale Folgen.

Wie schwierig dieses Zusammenspiel politisch ist, lässt sich unverkennbar in der deutschen Bundesregierung feststellen. Vom im Koalitionsvertrag verankerten „Klimageld“, das Bürger:innen über die Einnahmen aus der CO₂-Steuer entlasten sollte, fehlt weiterhin jede Spur. Subventionen für den Kauf von Elektroautos sind nach dem Sprecher des Finanzministeriums „aufgebraucht“. Die Bereitstellung von € 1,5 Milliarden für die Fortsetzung des Deutschlandtickets, um Menschen bei der Umstellung vom privaten PKW zu den öffentlichen Verkehrsmitteln zu überzeugen, hing lange in der Luft. Wie aber soll in Zeiten wachsender Ungleichheit und stagnierender oder sinkender Reallöhne der Zuspruch der Bevölkerung für klimapolitische Maßnahmen wachsen, wenn sich die Menschen in ihren Sorgen nicht verstanden und unterstützt fühlen?

Gewerkschaften als Mediatoren zwischen guter Arbeit und ökologischer Verantwortung

Deutsche Gewerkschaften rufen dazu auf, die „soziale“ Dimension der sozial-ökologischen Transformation in der Klimapolitik nicht aus den Augen zu verlieren. In unserer Studie zeigt sich, dass sich Gewerkschaftsmitglieder im Durchschnitt besser über den Klimawandel informiert fühlen, besorgter sind und sich auch öfter zuhause und in der Arbeit über den Klimawandel unterhalten, als andere Arbeitnehmer:innen. Gewerkschaftsmitglieder nehmen öfter an Weiterbildungskursen zum Klimawandel teil und sind deutlich häufiger an innerbetrieblichen Maßnahmen und Nachhaltigkeitsstrategien beteiligt.

Mitbestimmung, eines der Kernthemen der Gewerkschaften, ist daher auch eine wichtige Säule für eine demokratisch gestaltete Transformation, die zu einem großen Teil auf betrieblicher Ebene stattfinden wird. Eine Stärkung von Tarifbindung und Mitbestimmung kann daher einen wichtigen Beitrag leisten, die Transformation zur Klimaneutralität demokratisch und sozial zu gestalten. Das wiederum kann für mehr Akzeptanz sorgen und den rechten Strömungen den Wind aus den Segeln nehmen. □



Felix Schulz
forscht interdisziplinär zur sozial-ökologischen Transformation an der University of Leeds.

© University of Leeds



Vera Trappmann
forscht zu Klimawandel und Arbeit, Prekarisierung und sozialem Protest an der University of Leeds.

© University of Leeds

Working Paper
Download:

https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008723





© Paul Bauer | Kunst Haus Wien

Prägende Rohstoffe

Leseempfehlung Wer hätte gedacht, dass ein Buch über Rohstoffe so spannend sein kann? Der englische Wirtschaftsjournalist Ed Conway hat sich Gedanken darüber gemacht, welche Rohstoffe wir wirklich brauchen. Herausgekommen sind Sand, Eisen, Salz, Öl, Kupfer und Lithium. Er zeigt auf, wie diese sechs Rohstoffe das Schicksal, den Wohlstand, aber auch die Zerstörung von Imperien beeinflusst haben und wohl auch in Zukunft noch beeinflussen werden. Sauberes Trinkwasser, Elektrizität, lebenswichtige Impfstoffe, aber auch eine ökologische Wende sind ohne sie nicht denkbar. Bildhaft beschreibt er die Orte, die er oft auch selbst besucht hat und zeigt die Fakten auf, um das Ausmaß unseres Ressourcenverbrauchs zu verdeutlichen. Ein anregendes Buch, das bewusst macht, wie wichtig ein nachhaltiger Umgang mit unseren Rohstoffen ist. **DA**

Material World: Wie sechs Rohstoffe die Geschichte der Menschheit prägen
Ed Conway
Hoffmann und Campe (2024)

Lebendige Moore

Ökologie Die Pulitzerpreisträgerin Annie Proulx erzählt in diesem Buch eindringlich von der einzigartigen Schönheit und Magie der Moorlandschaften, aber auch von der Bedrohung und Gefährdung dieses unterschätzten Ökosystems und CO₂-Speichers. Moore und auch das Alltagswissen über Moore sind im Laufe der Moderne immer mehr verschwunden oder trockengelegt worden. Seit ihrer Kindheit liebt die engagierte Naturschützerin die unglaubliche Vielfalt der Moore und ihre Natur, die unzähligen Pflanzen und Tieren ein Zuhause bietet. Sie nimmt uns mit auf eine faszinierende Reise in die Torfmoore Englands, in die endlosen Feuchtgebiete der kanadischen Hudson Bay, in die schwarzen Gewässer der sibirischen Wassjuganje und in die heißen Sümpfe Floridas. Man kehrt zu den Römern und in den Teutoburger Wald zurück, liest Thoreau und stolpert über Moorleichen. Ein starkes und leidenschaftliches Plädoyer für den Erhalt des einzigartigen Ökosystems „Moorland“ in Zeiten des Klimawandels. **DA**

Moorland: Plädoyer für eine gefährdete Landschaft
Annie Proulx
Luchterhand (2023)

Klima Biennale in Wien

Festival 100 Tage für Antworten auf die Klimakrise, 100 Tage Ideen für eine zukunftsfähige Stadt, 100 Tage Verschmelzung von Kunst, Kultur und Klima und vor allem 100 Tage für den Dialog. So präsentiert sich das Programm der ersten Klima Biennale Wiens von 5. April bis 14. Juli 2024. Für das bunte Klima-Kunst-Festival fungiert das Kunsthaus Wien als Festivalzentrale mit Räumen für Diskurse, Workshops und Ausstellungen. Gemeinsam mit vielen anderen Wiener Kulturinstituten und Kunschtchaffenden breitet sich die Klima Biennale in der Stadt aus und lädt alle zum Dialog ein. Sei es bei den begleitenden Ausstellungen in Museen wie dem MAK, der Kunsthalle Wien oder dem Weltmuseum, bei Filmen im Stadtkino und im Admiral Kino, bei Veranstaltungen der TU Wien und des Kinderbüros, oder beim Schlemmen in der Klima Kantine am Festivalgelände Nordwestbahnhof – der ersten Klima Biennale wird man sich kaum entziehen können. Und das ist auch gut so, denn Kunst hilft Räume und Bewusstsein zu schaffen, in denen Worte und Bilder ihre Wirkung entfalten – auch bei komplexen Themen wie dem Klimawandel. **LK**

Die Klima Biennale Wien findet zwischen dem 5. April und 14. Juli an verschiedenen Orten in Wien statt.

Infos unter: <https://biennale.wien/>

Nationalpark Neusiedler See erweitert

Erfreuliche Nachrichten für den Artenschutz kommen aus dem Burgenland. Der Nationalpark Neusiedlersee-Seewinkel wird um 140 Hektar erweitert. Mehr als 100 Grundbesitzer:innen stellten dafür ihre Flächen zur Verfügung. Der Nationalpark Neusiedler See ist als Steppensee mit seinen Salzlacken ein außergewöhnlicher Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Die Erweiterung ist ein großer Gewinn für die Artenvielfalt Österreichs in Zeiten der Klima- und Biodiversitätskrise. **SI**



Eine schmutzige Geschichte

Müllbeseitigung Seit Menschen sesshaft sind, müssen sie sich um die Beseitigung von Abfall kümmern. Zuerst waren es menschliche und tierische Fäkalien, aber auch kaputt gegangene Alltagsgegenstände wanderten zum Müll. Die Grenzen des Wiederaufarbeitens lagen dafür beim notwendigen Energie- und Transportbedarf. Das Wachstum der Städte vergrößerten die Entsorgungsprobleme. Müll war immer eine Angelegenheit der Armen: Die übernahmen Sammeln, Sortieren und den Transport. Mülldeponien wurden und werden bevorzugt in Wohngegenden armer Menschen oder Minderheiten angelegt. Der Giftmüllexport in die Dritte Welt folgt diesem Muster.

In den letzten Jahrzehnten führten Massenkonsum und der Einsatz von Plastik zu dramatischen Änderungen der Menge und Zusammensetzung des Haushaltsmülls. Im gewerblichen Abfall tauchten neue Giftstoffe auf. Der Autor sieht das Grundübel der Müllproblematik in unserem wachstums-, profit- und konsumorientierten Wirtschaftssystem. Ein hochinteressantes Buch, dem allerdings ein sorgfältigeres Lektorat gutgetan hätte. **HH**

Müll: Eine schmutzige Geschichte der Menschheit
Roman Köster
C.H. Beck-Verlag (2023)



Welt im Wandel

Klima-Migration „Migration ist unser Weg aus der Krise“ – so lautet die These der britischen Journalistin Gaia Vince, die in ihrem Buch neueste Erkenntnisse aus der Klima- und Migrationsforschung eindringlich präsentiert. Ihr Blick in die kommenden Jahrzehnte zeichnet eine düstere Zukunft geprägt von Hitze, Dürren, Überschwemmungen und Bränden. Die Grundlage ihrer Überlegungen ist die alarmierende Prognose, dass bis zum Ende des Jahrhunderts 3,5 Milliarden Menschen aufgrund der Klimakrise ihre Heimat verlassen müssen. Vince fokussiert sich besonders auf den urbanen Raum, in dem Megastädte wie Kairo oder Lagos bis 2100 aufgegeben werden müssen. Gleichzeitig werden Regionen oberhalb des 45. nördlichen Breitengrades zu den zentralen Zufluchtsorten der Zukunft. Die Autorin entwirft faszinierende Szenarien, in denen neue Millionenstädte in Sibirien, Alaska, Grönland und Kanada entstehen. Dabei vermittelt sie eindrucksvoll, wie der demografische Wandel im globalen Norden mit einer demokratisch organisierten Migration aus südlicheren Breiten verbunden werden muss. Inmitten autoritär geführter Diskurse und reaktionärer Migrationspolitik konstatiert Vince: „Es dürfte leichter sein, im Laufe von ein paar Jahren eine politisch-soziale Einstellung zu ändern, als die Tropen wieder bewohnbar zu machen.“ **MK**

Das Nomadische Jahrhundert: Wie die Klima-Migration unsere Welt verändern wird
Gaia Vince
Piper (2023)



Sanierungsrechner der AK Niederösterreich

Online-Hilfe Wer sein Zuhause ökologisieren und dementsprechend sanieren möchte, sieht sich mit zahlreichen Fragen konfrontiert: Wie viel kostet eine neue Heizung, wie viel die Dämmung von Hauswänden oder der Tausch von Fenstern? Und wie groß ist der Nutzen dieser Maßnahmen? Bei der Beantwortung dieser Fragen soll der Sanierungsrechner der AK Niederösterreich helfen. Das Online-Tool, das auf einer Studie des Energieinstituts der Johannes Kepler Universität Linz basiert, empfiehlt nicht nur Maßnahmen für ein klimafittes Zuhause. Es liefert auch einen Überblick über die voraussichtlichen Kosten und den daraus entstehenden Nutzen einer Sanierung. **JF**

Der Sanierungsrechner ist abrufbar unter:



AK Sanierungsrechner | Arbeiterkammer Niederösterreich

Kann Atomkraft eine Rolle bei der klimafreundlichen Energiewende spielen?

PRO

2023 wurde die Kernenergie von der COP 28 zu einem Teil der Lösung im Kampf gegen den Klimawandel erklärt. Ihre Emissionen sind mit denen der Windenergie vergleichbar und daher ist es eine logische Konsequenz, dass sie, gemeinsam mit allen emissionsarmen Energieträgern, am Kampf gegen den Klimawandel beteiligt ist. Ich persönlich durfte erstmals bei der COP 21, der UN-Klimakonferenz in Paris 2015, und später bei weiteren Klimakonferenzen, über die Kernenergie als Vorreiterin im Kampf gegen den Klimawandel informieren.

Kernenergie liefert zuverlässig Strom und deckt den Grundlastbedarf. Durch die sehr hohe Energiedichte ist der Landverbrauch äußerst gering und die produzierte Energie maximal. Sicherheit muss immer an erster Stelle stehen, daher sind neu geplanten Systeme (Small Modular Reaktoren) pro Anlage kleiner, ohne an Leistung einzubüßen.

Wir schaffen Net Zero nur gemeinsam.

Dass es mittlerweile Lösungen für die Endlagerung des Abfalls gibt, hat sich leider noch nicht herumgesprochen. Um diese Thematik nicht an die nächste Generation weiterzugeben, forsche ich aktiv mit über 50 Partnern in einem europäischen Forschungsprogramm an der Umsetzung einer sicheren Endlagerung. Technisch ist das längst gelöst (z.B. für hochradioaktiven Abfall durch geologische Tiefenlagerung), allerdings müssen wir die Politik und die Herzen der Menschen davon überzeugen, sich nicht ständig gut erforschten Lösungen in den Weg zu stellen. So kann ich auch meinen Kindern mit ruhigem Gewissen entgegentreten und sagen, ich habe aktiv am Kampf gegen den Klimawandel teilgenommen.

Eileen Langeegger

Obfrau Österreichische Kerntechnische Gesellschaft,
Lehrbeauftragte TU Wien/TU Graz

© privat



CON

Als ich in den 1990er-Jahren Anti-Atom-Kampaigner bei Greenpeace war, hatten wir drei gute Gründe, die Atomkraft zu bekämpfen: die ungelöste Lagerung des Atom Mülls, das Risiko einer Reaktorkatastrophe und die damit geschaffene Möglichkeit des Atomwaffenbaus. Daran hat sich bis heute leider nichts geändert. Niemand kann die Verantwortung dafür übernehmen, dass radioaktiver Abfall über Jahrtausende sicher verwahrt werden kann, also ist die Lagerung per se verantwortungslos. Das kann ich als promovierter Geologe sagen.

Der Super-GAU von Fukushima hat gezeigt, dass auch ein Hochtechnologie-Land wie Japan nicht vor einer Kernschmelze gefeit ist. Und dass Atomwaffen und Atomkraft siamesische Zwillinge sind, zeigen jene Länder, die über beides verfügen.

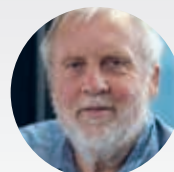
AKWs decken derzeit nur ein Zehntel der globalen Stromproduktion bzw. zwei Prozent des weltweiten Energiebedarfs ab. Ein nennenswerter Ausbau scheitert an den langen Errichtungszeiten und den Finanzen. Beim modernen finnischen Reaktor Olkiluoto-3 betrug die Bauzeit 17 Jahre, die Kosten vervierfachten sich in diesem Zeitraum. Als wirksames und zeitnahes Mittel zur Einsparung von Treibhausgas-Emissionen ist diese Technologie deshalb untauglich. Mit dem Geld für den Bau (und Abbau!) eines Reaktors kann mehr Energie einspart werden, als dieser in absehbarer Zeit produzieren würde.

AKWs decken ein Zehntel der globalen Stromproduktion ab. Wegen der langen Bauzeiten ist diese Technologie zur zeitnahen CO₂-Einsparung untauglich.

Heinz Högelsberger

Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr, AK Wien

© Markus Zahradnik

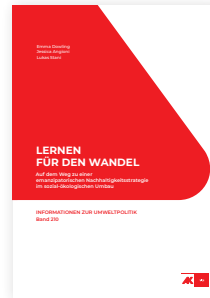


Gesellschaftskritische Wissenschaft



Verkehr und Infrastruktur

- 65 Gesundheitliche Belastungen des fliegenden Personals – Endbericht**
ÄrztInnen für eine gesunde Umwelt
Hans Peter Hutter, Florian Heger, Kathrin Lemmerer, Hanns Moshhammer, Michael Poteser, Peter Wallner, 2021
- 66 PendlerInnenverflechtungen in der Ostregion**
Andrea Weninger, Jonas Krombach, Benedikt Hahn, Andreas Friedwagner, 2021
- 67 ÖV-Erreichbarkeit großer Arbeitsplatzstandorte in Österreich – Endbericht** Gerald Kovacic, Cristian Andronic, Stephanie Kirchmayr-Novak, 2022
- 68 Gutachterliche Stellungnahme zum NON-PAPER von Leitlinien zur PSO Verordnung** hinsichtlich seines Punktes 2.4.6, sohin zur „leistungs-basierten Direktvergabe“ von Schienenpersonenverkehrs-dienstleistungen nach Art. 5 Abs. 4a der PSO | **Legal opinion on the NON-PAPER of guidelines to the PSO Regulation with regard to its point 2.4.6**, thus to the „performance-based direct award“ of passenger transport railway services under Art 5 para 4a of the PSO
Josef Aicher, Rudolf Lessiak, 2022
- 69 Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel in Wien und Umgebung – Evaluierungsbericht**
Maria Juschten, Martin Hinteregger, Reinhard Hössinger, 2022
- 70 Rechtsqualität der Auslegungsleitlinien der Kommission zur PSO-Verordnung – Rechtswissenschaftliches Fachgutachten**
Konrad Lachmayer, Jean-Philippe Derosier, 2023



Informationen zur Umweltpolitik

- 203 Landkarte der „(De-)Karbonisierung“ für den produzierenden Bereich in Österreich** – Eine Grundlage für die Folgenabschätzung eines klimapolitisch bedingten Strukturwandels des Produktionssektors auf Beschäftigung, Branchen und Regionen
Fabian Gabelberger, Claudia Kettner-Marx, Michael Peneder, Gerhard Streicher, 2020
- 204 Recht auf Natur – Freier Zugang zur Natur**
Michael Ganner, Samantha Karoline Pechtl, Wolfgang Stock, Karl Weber, 2022
- 205 Abgasmanipulation und Mautbetrug durch Lkw – Wie sauber sind Lkw tatsächlich?**
A. Friedrich, S. Annen, R. Helmerich, 2022
- 206 Rechtliche Lücken in der mobilitätsbezogenen Klimaschutzpolitik** Anlassfall Lobautunnel-Entscheid
Werner Hochreiter, 2022
- 207 Dieselskandal – Ein Update** Auswirkungen der Abgasmanipulationen bei Dieselaautos in Österreich
Lydia Ninz, Alexander Holzleitner, 2023
- 208 New genetic engineering – Possible unintended effects**
Michael Eckerstorfer, Andreas Heissenberger, 2023
- 209 in Arbeit**
- 210 Lernen für den Wandel: Auf dem Weg zu einer emanzipatorischen Nachhaltigkeitsstrategie im sozial-ökologischen Umbau**
Emma Dowling, Jessica Angioni, Lukas Stani, 2023

Bestellung als Hardcopy unter StudienUV@akwien.at oder PDF-Download www.arbeiterkammer.at

Leugnen hilft nicht

Wissen bringt uns weiter!

awblog.at leuchtet Hintergründe aus, stößt Debatten an und hält mit Fakten dem Mainstream kritisch gegen. Der A&W-Blog bezieht klar Position: aufseiten der arbeitenden Menschen. Engagierte Leute aus Wissenschaft, interessierter Öffentlichkeit und ArbeitnehmerInnenvertretung bringen kurze Analysen und klare Argumente auf den Blog.

-  /AundW
-  /arbeit.wirtschaft
-  awblog.at/newsletter

Herausgeber: Bundesarbeitskammer, 1040 Wien und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien.
Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien
Copyright: Markus Zahradnik. Das im Sujet verwendete Bild wurde unter Verwendung von KI-Anwendungen erstellt.

A&W
blog

Wirtschaft und Umwelt:
Sekretariat: 0043/1/50165-12404
E-Mail: wirtschaft.umwelt@akwien.at
www.ak-umwelt.at

Österreichische Post AG
MZ 02Z034642 M
Bundesarbeitskammer, Prinz Eugen Straße 20–22, 1040 Wien

#deineStimme macht uns alle stärker



AK



Bestimmen Sie die politische Richtung der AK mit – bei der AK Wahl
in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland von 10. bis 23. April 2024
und in der Steiermark von 16. bis 29. April 2024.

ak.at/wahl